

Zeitung

Organ des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter

MIT „FRAUENRECHT“ UND „ARBEITSRECHT“

Erscheint jeden Donnerstag, Redaktionsschluss Sonnabend.
Verantwortlich für die Redaktion: U. Lantke, Berlin NW 40,
Reichstagsufer 3. — Fernsprecher: Amt Honig 8462, u. 4084.

Verlag: U. Lantke, Berlin NW 40, Reichstagsufer 3.
Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt
Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Bezugspreis: 1,50 M monatlich. Zu beziehen durch die Post.
Inzerate: Die 6 gefaltete Nonpareillezeile bei Arbeitsmarkt
Gratulationen aus Ortsvereinen und Krankenkassen 30 Pf.

Warum wählen wir sozialistisch?

Die kommenden Reichstagswahlen am 14. September stehen im Zeichen einer unerhörten Heze gegen die arbeitende Bevölkerung. Alle Parteien bemühen sich, Kübel von Schmutz auf die Sozialdemokratische Partei und die freien Gewerkschaften auszuschütten. Die politische und wirtschaftliche Interessenvertretung der arbeitenden Bevölkerung soll nunmehr alle Schuld tragen an der wirtschaftlichen und sozialen Verelendung der werktätigen Bevölkerung. Eine Riesenslüge, wie sie nur in den Schädeln der verbissenen Gegner der arbeitenden Klasse erfunden werden konnte. Eben weil die Sozialdemokratische Partei mit den freien Gewerkschaften den Raub auf die Taschen des Volkes nicht mitmachte, darum dieser unerhörte und nicht mehr zu übertriebende Haß. Es gehört nicht viel Denkkraft dazu, um diesen Verleumdungsfeldzug in seinen Tiefen zu erkennen. Dazu tragen diejenigen Kreise, die gegen die Arbeiterschaft heßen, selbst bei. Es ist offenkundige Tatsache, daß die infolge des verlorenen Krieges dem deutschen Volke aufgebürdeten Lasten auf die breiten Volksmassen abgewälzt werden sollen. Das Kapital muß gespart werden, so wollen es die Feinde der Arbeiterschaft. Die enormen Beträge für Kriegsschadung sollen aus den ärmsten Bevölkerungsschichten herausgepreßt werden, und darum werden die sozialpolitischen Errungenschaften abgebaut und verschlechtert, darum wird mit großer Zähigkeit für den Lohnabbau eingetreten, darum werden neue indirekte und direkte Steuern erlassen, die wiederum von der breiten Volksschicht zu tragen sind.

Würde die unter dem Protektorat der christlichen Gewerkschaften und der Zentrumspartei stehende Regierung Brüning-Stegerwald wieder an das Staatsruder gelangen, dann hat die Arbeiterschaft zu gewärtigen, daß ihr der Hungerriemen noch enger geschnallt wird. Selten wurden bei Reichstagswahlen so viele Lügen in das Volk hinausgetragen wie dieses Mal. Obwohl allgemein bekannt ist, daß durch die Notverordnung der Brüning-Stegerwald-Regierung selbst den Ärmsten der Armen, den Erwerbslosen und Rentenempfängern, eine Kopfsteuer aufgebürdet wurde, so wird dennoch von den christlichen Gewerkschaften und der Zentrumspartei diese unerhörte Belastung verschwiegen und diese Regierung als diejenige gepriesen, die bereits viel geschaffen hat, um das Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen. Auf alle Schandtaten der Brüning-Stegerwald-Regierung haben wir an dieser Stelle wiederholt hingewiesen.

Unsere Verbandsmitglieder sind nun aufgeklärt, sie wissen, worum es bei den Reichstagswahlen geht. Wir dürfen daher annehmen, daß unsere Aufforderung,

sozialistisch zu wählen und nur der Liste 1 die Stimme zu geben, allgemein auf fruchtbaren Boden fällt. Für die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft ist es nicht schwer, darüber zu entscheiden, daß sie ihre Stimme nur der Sozialdemokratie geben muß. Die Sozialdemokratie hat in der Regie-

Die Sozialdemokratie hat aber nicht nur fruchtlose Opposition getrieben, sondern sie hat unaufhörlich Mittel und Wege zur Gesundung der Reichsfinanzen aufgezeigt.

Die Sozialdemokratie hat Steuern vorgeschlagen, die auch den Besitz entsprechend

seiner Tragfähigkeit heranziehen.

Die Sozialdemokratie hat beantragt, die Kosten der Arbeitslosenversicherung durch erhöhte Beiträge und Reichszuschüsse zu decken. Nicht die Arbeitslosen dürfen das Opfer der Reichsfinanznot sein.

Die Sozialdemokratie hat die Vereinfachung der Organisation der Krankenkassen vorgeschlagen, die enorme Verwaltungskosten ersparen würde.

Die Sozialdemokratie hat eine Begrenzung der Pensionen der Großpensionäre beantragt, die den Reichshaushalt stark belasten, und im Reichstagsauschuß bereits durchgeführt.

Die Sozialdemokratie hat dem Spiel mit dem Diktaturparagraphen den äußersten Widerstand geleistet und damit die Demokratie verteidigt.

Die Sozialdemokratie hat die Wiederaufhebung der vom Reichspräsidenten auf Grund des Art. 48 erlassenen Diktaturverordnungen durchgeführt.

Die Sozialdemokratie war es, die dadurch die Reichstagsauflösung erzwingen hat und erreicht, daß das deutsche Volk selbst entscheidet.

Die Sozialdemokratie hat an die Stelle der Diktaturgelüste einer volksfeindlichen Rechtsregierung die Volksbefragung gesetzt.

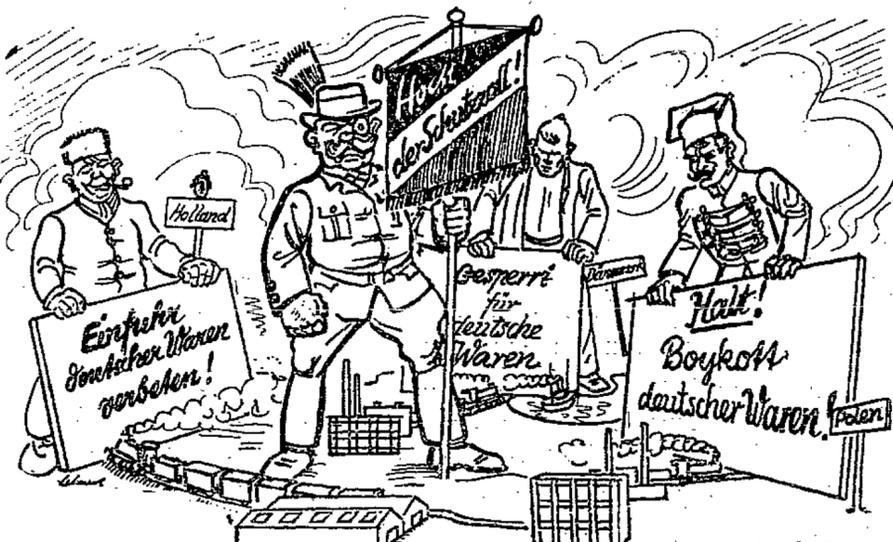
Die Sozialdemokratie hat damit die demokratische Republik vor dem Selbstmord bewahrt.

Ein deutscher Arbeiter, der sich das alles überlegt, kann gar nicht anders, als am 14. September der Sozialdemokratie seine Stimme geben. Und jeder Arbeiter wird seine Mitarbeiter, seine Frau und wahlfähigen Familienangehörigen aufklären, daß keine Stimme des arbeitenden Volkes der Sozialdemokratie verlorengehen darf.

Die deutschen Gewerkschaften wissen, daß es in diesem Wahlkampf um die Zukunft der Arbeiterklasse und zugleich um die Existenz der deutschen Republik und ihres sozialen Inhalts geht. Sie fühlen sich in diesem Kampfe um die Erhaltung der Republik einig mit der Sozialdemokratie für die Verteidigung der Sozialpolitik, für die Wahrung der Volksrechte.

Weiter kommt für unsere Berufsangehörigen in Frage: bei einem Siege der bürgerlichen Parteien würde das Verbot der Nacht- und Sonntagsarbeit in den Bäckereien und Konditoreien gefährdet und diese Kollegen wiederum in die Kulturschmach ständiger Nachtarbeit bei sieben tägiger Arbeitswoche zurückgedrängt werden.

Der Lehrlings- und Jugendschutz würde



Aggravolle unterbinden die deutsche Ausfuhr und steigern die Arbeitslosigkeit! Nehme Dich! Wähle Liste 1

ung Hermann Müller den Young-Plan zum Abschluß geführt und mit Stresemann die Rheinlandbefreiung erreicht.

Die Sozialdemokratie hat mit Severing der Schnabbaupolitik des rheinisch-westfälischen Großkapitals einen Riegel vorgeschoben, den jetzt ein Zentrumsmminister Stegerwald wirkungslos machte.

Die Sozialdemokratie hat mit Minister Wiffell den Abbau der Sozialpolitik verhindert und sich insbesondere bis zum äußersten gegen die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung gewehrt.

Die Sozialdemokratie hat durch Severing dem putschistischen Nationalsozialismus die Mittel zur Errichtung seiner Ordnungszelle in Thüringen gesperrt.

Die Sozialdemokratie hat in der Opposition am nachhaltigsten den Kampf gegen die ungerechte Besteuerung der Konsumvereine geführt.

Die Sozialdemokratie ist den Brüning-Entwürfen zur Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung am schärfsten entgegengetreten.

Die Sozialdemokratie hat die arbeitgeberfeindlichen Angriffe auf die Krankenversicherung gebrandmarkt.

Die Sozialdemokratie hat die Entrechtung der Kriegsinvaliden und Wöchnerinnen zurückgewiesen.

Die Sozialdemokratie hat mit aller Schärfe die unsoziale Ledigensteuer bekämpft.

niemals reformiert werden, wenn die bürgerliche Mehrheit wieder an das Ruder läme.

Durch die Liebesgabenpolitik an die Landwirtschaft würde der Export, Handel und Wandel weiter gedrosselt und die große Arbeitslosigkeit zum bleibenden Bestand werden.

Die indirekte Steuerbelastung auf Getränke würde weiter zum Schaden der in der Getränkeindustrie beschäftigten Personen durchgeführt werden.

Die sozialpolitische Gesetzgebung würde noch mehr verschlechtert werden und die gesetzlichen Arbeiterschutzbestimmungen würden niemals im Interesse der Arbeiterschaft verwirklicht.

Höhe Belastungen in Form von Steuern würden in Zukunft noch mehr auf die Schultern der Arbeiterschaft abgeladen.

Wer das verhindern will, der darf als Staats-

bürger am 14. September seine Stimme nicht einer arbeitserföndlichen Partei geben, sondern er muß für Liste 1, die Sozialdemokratische Partei, votieren. Der Wahltag soll für alle unsere wahlberechtigten Verbandsmitglieder zur Vergeltung werden an dem unerhörten Raubzug der bürgerlichen Parteien gegen das werktätige Volk.

Müht bis dorthin die Stunden und werbt bei allen euren Mitarbeitern für die Sozialdemokratische Partei. Die Arbeiterschaft hat die Möglichkeit, die Reaktion am Wahltag zu zertrümmern. Sie ist an Zahl ihren Feinden weit überlegen, wenn sie einig handelt. Der Wahltag muß zur Vergeltung werden gegen alle an der Arbeiterschaft verübten Gemeinheiten und Niedertrachtigkeiten. Er muß zum Volksgericht werden gegen das raffgierige Ausbeutertum, er muß den Sieg der sozialistischen Liste 1 bringen.

Deshalb vorwärts zum Kampf für die Demokratie und Sozialismus, für das arbeitende Volk, für die Sozialdemokratie!

Leistungsabbau in der Arbeitslosenversicherung

Allgemein bekannt ist, daß in den letzten Tagen mit manch üblen Begleiterscheinungen die Leistungen der Arbeitslosenversicherung erheblich eingeschränkt worden sind.

Verantwort sind die Verschlechterungen in der auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung herausgegebenen „Verordnung zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände“. Der vierte Abschnitt befaßt sich u. a. mit Änderungen der Arbeitslosenversicherung. Es handelt sich durchgehend um Verschlechterungen sowohl in organisatorischer Beziehung als auch in bezug auf die Leistungen. Wir wollen hier von diesen nur die besprechen, die für den Arbeitslosen persönlich von Bedeutung sind. Erwähnt sei noch, daß die neuen Vorschriften am 1. August dieses Jahres in Kraft getreten sind und von diesem Zeitpunkt ab auch angewendet werden.

Der Beitragsatz ist von 3 1/2 auf 4 1/2 Proz. des maßgebenden Arbeitsentgeltes erhöht worden. Diese Bestimmung soll am 31. März 1931 wieder außer Kraft treten. Ob dies bei der heutigen Wirtschaftslage der Fall sein wird, muß mehr als fraglich erscheinen. Nach dem bisherigen Recht waren geringfügige Beschäftigungen von Personen, die nicht berufsmäßig überwiegend als Arbeitnehmer tätig waren, versicherungsfrei. Als geringfügig galt dabei eine Beschäftigung, die auf weniger als 24 Arbeitsstunden in der Woche beschränkt war oder wenn für dieselbe kein höheres Arbeitsentgelt als 8 Mk. wöchentlich vereinbart oder ortsüblich war. Die neue Vorschrift sieht vor, daß diejenigen Beschäftigungen, die weniger als 30 Stunden wöchentlich in Anspruch nehmen oder bei denen ein geringeres Entgelt als 10 Mk. wöchentlich (15 Mk. monatlich) üblich ist, versicherungsfrei sind. Dies gilt auch dann, wenn diese Beschäftigung berufsmäßig von Personen ausgeübt wird. Auf Grund dieser Vorschrift ist eine größere Zahl Arbeitnehmer als bisher aus der Versicherung ausgeschlossen und damit dem Versicherungsschutz entzogen. Vollkommen neu ist folgende Vorschrift: „Versicherungsfrei ist die Beschäftigung eines Hilfsbedürftigen, die im Rahmen der Arbeitsfürsorge für einen Träger der öffentlichen Fürsorge oder auf dessen Veranlassung für einen Dritten ausgeübt wird. Diese Vorschrift gilt nicht, wenn die wöchentliche Arbeitszeit 32 Stunden oder, falls durch Tarifvertrag eine kürzere regelmäßige Arbeitszeit vereinbart ist, mindestens die vereinbarte Stundenzahl beträgt und dem Beschäftigten der tarifliche oder, soweit ein solcher nicht besteht, der im Beruf ortsübliche Lohn gezahlt wird. Der Träger der öffentlichen Arbeitsfürsorge ist berechtigt, im Einvernehmen mit dem zuständigen Arbeitsamt festzusetzen, welcher Tarifvertrag für die Entlohnung der Fürsorgearbeiter Anwendung finden soll.“ Auch durch diese Neuerung wird wieder ein Teil Volksgenossen — und zwar gerade die Ärmsten und Bedürftigsten — aus der Versicherung ausgeschlossen. Neu und sehr einschneidend ist auch die Vorschrift, daß Arbeitslose, die das 17. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, nur dann Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben, wenn ihnen kein familienrechtlicher Unterhaltsanspruch zusteht. Auch hierdurch werden wieder eine ganze Reihe Arbeitnehmer um den Genuß der Unterstützung gebracht. Sehr wichtig ist nun, daß der Zwang zur Beitragsentrichtung für diese trotzdem bestehen bleibt. Man nimmt also auf der einen Seite, ohne auf der anderen etwas dafür zu geben. Nach dem Gesetz gilt der nicht als arbeitslos und damit nicht als unterstützungsberechtigt, der seinen Unterhalt durch selbständige Arbeit im Betriebe der Eltern, des Ehegatten oder sonstiger Verwandter frägt ist. Diese Vorschrift ist bestehen geblieben. Es sollen über ihre Anwendung besondere Richtlinien aufgestellt werden.

Geändert worden sind ferner die Vorschriften über die Sperrfristen. Während bislang als normale Sperrfrist eine solche von vier Wochen festgelegt war, ist sie jetzt auf sechs Wochen erhöht. Neu ist auch folgende Vorschrift: „Hat ein Versicherter seine Arbeitsstelle freiwillig aufgegeben, um sich einem geordneten Ausbildungsgang zur beruflichen oder volkswirtschaftlichen Schulung zu unterziehen, so kann nach Beendigung der Ausbildung von der Verhängung der Sperrfrist abgesehen werden. Das gleiche gilt, wenn ein Versicherter seine Arbeitsstelle deshalb freiwillig aufgegeben hat, weil sonst der Arbeitgeber aus einem von dem Verhalten des Versicherten unabhängigen Grunde gekündigt hätte. Das gleiche gilt ferner, soweit in einem Berufszweige infolge seiner Eigenart die freiwillige Aufgabe der Arbeitsstelle für das weitere Fortkommen des Versicherten notwendig und diese Notwendigkeit im Einzelfalle nachgewiesen ist.“ Auch über diese Neuerung werden noch bindende Richtlinien aufgestellt werden. Die Sperrfrist kann in besonderen Fällen bis auf drei Wochen herabgesetzt, aber auch auf 12 Wochen erhöht werden. (Bislang waren es 2 bzw. 8 Wochen.)

Neu ist ferner auch folgende Vorschrift: „Arbeits-tage, an denen ein Arbeitnehmer wegen zeitweiliger Arbeitsunfähigkeit nicht gearbeitet hat, obschon die versicherungspflichtige Beschäftigung fortbestanden hat, können nicht zum Erwerb der Anwartschaft dienen. Diese Vorschrift gilt nicht für Lehrlinge.“ Es wird in dieser Bestimmung gesagt, daß Krankheittage nicht auf die Anwartschaftsdauer angerechnet werden. Auch diese Vorschrift kann sich sehr hart auswirken. Von großer Tragweite ist ferner folgende Neuerung: „Ist einem Arbeitslosen Krisenunterstützung gewährt worden, so mindert sich die Höchstdauer seiner versicherungsmäßigen Unterstützung um

die Zahl der Tage, für die er die Krisenunterstützung bezogen hat, sofern die Anwartschaftszeit, auf Grund deren er die Krisenunterstützung bezogen hat, für die Anwartschaft auf die versicherungsmäßige Unterstützung ganz oder teilweise benötigt wird.“ Es ist dies wiederum eine Verschlechterung. Der Bezug von Krisenunterstützung kann auf die Arbeitslosenunterstützung angerechnet werden. Auch noch in anderer Beziehung sind Erschwerungen und Verschlechterungen eingetreten. Bislang war es so, daß die Unterstützung nach dem wirklichen Arbeitsentgelt gezahlt wurde. Heute ist eine Bestimmung geschaffen worden, nach der für die Zugehörigkeit zur Lohnklasse und damit für die Berechnung der Unterstützung kein höherer Betrag zugrunde gelegt werden darf, als der Grundlohn, der bei der Entlohnung der Beiträge zugrunde gelegt war. Hierdurch wird für einen ganzen Teil Arbeitslose ein geringerer Unterstützungssatz herauskommen, als unter dem alten Recht. (In vielen Fällen ist nämlich der Grundlohn niedriger als das wirkliche Arbeitsentgelt. Dies trifft besonders in den höheren Klassen zu.) Ist hierdurch schon eine Verschlechterung herausgekommen, so folgt sofort eine zweite, die wieder dieselben Arbeitslosen treffen kann.

Es heißt weiter in der Verordnung: „(1) Arbeitslose der Lohnklassen VII bis XI erhalten die Unterstützungssätze ihrer Klasse nur, wenn sie in den letzten 18 Monaten vor der ersten Arbeitslosmeldung, die auf den Erwerb der Anwartschaft folgt, mindestens 52 Wochen in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden haben, ohne daß ihnen zwischen Beginn und Ende ihrer Beschäftigungszeit Arbeitslosenunterstützung gewährt worden ist. Andernfalls erhalten sie die Hauptunterstützung statt nach den Sätzen der Klasse VII nach der Klasse VI, statt nach den Sätzen der Klasse VIII nach der Klasse VII, statt nach den Sätzen der Klasse IX und X nach der Klasse VIII, statt nach den Sätzen der Klasse XI nach der Klasse IX. Die Familienzuschläge sind jedoch auch dann nach der Lohnklasse des § 105 zu gewähren.“

Auf Grund dieser neuen Bestimmung wird wohl noch selten jemand in den Genuß der Unterstützungssätze der höheren Klassen kommen.

Neu ist weiter folgende Vorschrift: „Trifft eine Hauptunterstützung der Lohnklassen VII bis XI mit einer Hauptunterstützung des Ehegatten zusammen und wird dazu kein Familienzuschlag gewährt, so mindert sich die eine Unterstützung, und zwar bei verschiedener Höhe der Unterstützungen die niedrigeren, um die Hälfte.“ Auch hierdurch werden manche Unterstützungskürzungen eintreten. Geändert sind auch die Bestimmungen über die Wartezeit. Diese beträgt jetzt bei Arbeitslosen ohne zuschlagsberechtigte Angehörige 14 Tage, bei solchen mit ein bis drei Angehörigen sieben Tage und bei Arbeitslosen mit vier und mehr Angehörigen drei Tage. Neu ist weiter die Bestimmung, daß auf die Unterstützung eines verheirateten Arbeitslosen das Einkommen seines Ehegatten anzurechnen ist, soweit es 35 Mk. in der Woche übersteigt. Ein vollkommen neuer Gesichtspunkt wird dadurch in das Gesetz hineingetragen, als der Beitrag für Arbeitgeber von Betrieben oder Betriebsgruppen, von denen die Versicherung erheblich stärker als der Durchschnitt in Anspruch genommen wird, erhöht werden kann. All diese Bestimmungen laufen da hinaus, bei einer gesteigerten Beitragseinnahme die Rechte der Versicherten und die Leistungen der Versicherung zu beschränken. Daß dieser Leistungsabbau ein ganz fühlbarer ist und nicht mehr übertroffen werden kann, werden die Arbeitslosen sehr bald am eigenen Leibe zu spüren bekommen. R-l-s.

Interessenpolitik des Diktaturkabinetts



Die rechte Hand weiß nicht, was die linke ul

Christliche Jesuiterei

Die christlichen Gewerkschaften spucken Gift und Galle, weil sich die freien Gewerkschaften offen zur Unterstützung der Sozialistischen Partei bei den Reichstagswahlen erklärten. Sie sind außer Rand und Band, da auch die freien Gewerkschaften bereit sind, daraus die Konsequenzen zu ziehen und ihre politische Interessenvertretung, die Sozialdemokratische Partei, nicht nur moralisch, sondern auch finanziell zu unterstützen. In ihrer Aufregung kommen sie aber mit den Vorwürfen gegen uns reichlich spät. Nicht nur jetzt treten die freien Gewerkschaften für die Unterstützung der Sozialdemokratischen Partei ein, sondern das geschah wiederholt bei früheren Wahlen. Allerdings hatten damals die Christlichen gegen die Stärkung der Sozialdemokratischen Partei nichts einzuwenden, weil sie bekanntlich noch mit der Zentrumsparthei in der Koalitionspolitik standen. Nachdem aber dieses freundschaftliche Verhältnis durch die unerhörte Zumutung der Zentrumsparthei in die Brüche ging, wird im Lager der christlichen Gewerkschaften Peter und Paul gelehrt: über das Verhalten der freien Gewerkschaften.

Die Christen haben keinen Grund, sich darüber aufzuregen. Seitdem sie bestehen, bezeichnen sie die freien Gewerkschaften stets als sozialistische Verbände. Warum nunmehr der christliche Zorn über die Freien ausgegossen wird, weil sie aus der politischen Konstellation ihre Konsequenzen ziehen und nur derjenigen Partei ihre Stimme geben, die auch ehrlich und mit großer Energie für die Zielbestrebungen der Gewerkschaften eintritt, das ist unverständlich. Wer aber die

Schulerei im Lager der Christen kennt, der braucht sich über diese künstliche Aufregung nicht wundern. Sie merken von Tag zu Tag mehr und mehr, daß ihnen die Felle wegschwimmen und auch diejenigen Arbeiter, die bisher noch treue Anhänger der Zentrumspartei und der christlichen Gewerkschaften waren, durch die Raubpolitik der Brüning-Stegerwald-Regierung auf das höchste empört sind.

Wir erhielten in diesen Tagen viele Zuschriften aus unseren Mitgliederkreisen von christlich gesinnten Kollegen, die es auf das lebhafteste begrüßt haben, daß wir in der „Einigkeit“ aufforderten, am 14. September der Sozialdemokratischen Partei die Stimme zu geben. Diese Zuschriften beweisen, daß wir den rechten Weg beschritten haben und darum kümmern wir uns nicht um das Geklaffe des schwarzen Mebs in Düsseldorf.

„So hältst du dein Versprechen“

Der Reichsunterernährungsminister Schiele beseitigte die Gefrierfleischinfuhr mit dem Versprechen, durch den dem Reich verlorenen Zollbetrag von 22,5 Millionen Mark billiges Inlandsfrischfleisch zur Verfügung zu stellen.

Vor dem Reichstag entwickelte Schiele sein Programm, einen Bon einführen zu wollen, der den minderbemittelten Kreisen auch tatsächlich den Fleischgenuß garantiere. Monate sind seitdem durch die Lande gegangen und im Reichsernährungsministerium blieb es still. Die Not der Konsumenten- und Arbeiterkreise drang nicht bis dort hin. Aber viel besser wird die Öffentlichkeit über die „Maßnahmen“ des Ministers orientiert, der nämlich bis heute noch gar nichts unternommen hat. Es heißt, daß „endgültige Dispositionen“ noch nicht getroffen seien! Schiele denkt also nicht daran, sein Versprechen einzulösen. Was kümmert ihn die Not breiter Konsumentkreise, die ernährungswirtschaftlich auf den Hund kommen? Mit einer nie gekannten Rücksichtslosigkeit hat er die Interessen des Landbundes wahrgenommen, als deren erster Funktionär er bezeichnet wird. Um Haaresbreite wären die guten Handelsbeziehungen mit Holland und Dänemark in die Brüche gegangen, und erst neuerdings kommt von Argentinien die alarmierende Meldung, wenn Deutschland die Wiedereinfuhr des Gefrierfleisches nicht zuläßt, Argentinien die Einfuhr sämtlicher deutscher Waren verbieten würde.

Schiele findet bei seinen Maßnahmen, die deutsche Verbraucherschaft und insbesondere die minderbemittelte Bevölkerung, also die ärmsten Volkskreise, zu schädigen und internationale Handelsbeziehungen zu gefährden, Unterstützung durch das Gesamtkabinett. Eine Regierung, die der Arbeiterschaft den Brotkorb höher hängt und ihr den Schmachtriemen enger schnallt, muß am 14. September verschwinden!

Finanzhyänen

Reichsarbeitsminister Stegerwald hat kürzlich gegen die Kapitalverschiebungen ins Ausland Stellung genommen. Er bezifferte das verschobene Kapital mit 10 Milliarden Mark. Es dürfte in diesem Zusammenhang interessieren, daß an der Kapitalflucht eine große Anzahl Rittergutsbesitzer, Grundherren großer Güter und Fabrikbesitzer beteiligt sind. Daß darunter aber auch ein leidhaftiger Prinz Friedrich Leopold zu finden ist, dürfte nicht weiter auffallen, denn schon einmal hat sich ja ein Hohenzollernsprößling durch Kapitalverschiebung ins Ausland berühmt gemacht. Was ist nun der Anlaß, daß diese Herrschaften ihr Geld ins Ausland verschieben? Sie wollen es, während Deutschland unter dem chronischen Finanzdalle leidet, den Steuergriffen der Finanzbehörden entziehen. Hier wird das Schillerwort: „Wer, wenn das Vaterland in Not ist, einen anderen Gedanken als dessen Rettung hegt, ist nicht wert, in einem freien Staate zu wohnen“ zur Parole! Wir verlangen deshalb, daß der, der sich von seinen moralischen Pflichten der Nation gegenüber drückt, mit allen Machtmitteln des Staates durch draconische Besteuerungen als Staatsbürger erzwungen wird. Humane Rücksichtnahme auf Steuerdrückbergerei ist nicht am Platze!

Keine Stimme der Wirtschaftspartei

Die deutsche Wirtschaftspartei, die sich in ihrem Untertitel „Mittelstandspartei“ nennt, hat schon mehr als einmal bewiesen, daß sie nicht nur reaktionär rückständig, sondern auch arbeiterfeindlich im höchsten Grade eingestellt ist.

Fleischerobermeister Frenze-Stettin, Reichstagskandidat der von dem gelben Bäckergöhen Dremik und Konsorten aufgezogenen Wirtschaftspartei, bezeichnete in einer Wahlkundgebung in Berlin die heutige Wirtschaft eine sozialistisch-marxistische. Als besonderes Verdienst seiner Partei feierte er die Einführung der

Negersteuer, die einen Arbeiter bei einem Jahreseinkommen von 1825 M. mit fünf und siebenzig Prozent, einen Großverdiener bei einem Jahreseinkommen von 15000 M. mit einem Prozent und einen Kapitalisten mit einem Jahreseinkommen von 100000 M. mit sage und schreibe einem halben Prozent belastet. Ein Invalidenrentner, der von 30 M. im Monat weder leben noch sterben kann, muß

Der Reichstag muß arbeiterfreundlich werden!

Am 6. September ist der 37. Wochenbeitrag fällig.

3 M. Negersteuer entrichten. Bei dem Kapitel „Sozialgesetzgebung“ betonte er, daß Deutschland ein Fürsorgestaat würde, der mit den schärfsten Mitteln bekämpft werden müßte. Ein großes Verdienst der Wirtschaftspartei sei die Einführung des Beamtennotopfers, weil es den „Mittelstand“ nicht belaste.

So sieht die Politik der Wirtschaftspartei aus, die bewußt reaktionär bis auf die Knochen ist und die von rückständigen Zünftlern gemacht ist. Deshalb, keine Stimme dieser Partei!

Ein Scharfmacher

Als der Zentrumsabgeordnete Schlack im Reichstag den Ausdruck tat, die Regierung Brüning sei die reaktionärste der Nachkriegszeit, glaubte wohl niemand, daß sich sogar in den Kreisen der Brauindustrie Stimmen bemerkbar machen würden, denen das Kabinett Brüning noch nicht reaktionär genug ist. Doch die Brauindustrie gibt mehr und mehr den sozialen Anstrich preis und koaliert sich mit den Scharfmachern anderer Industriegruppen. Besonders verschiedene Syndizi können es kaum erwarten, bis die Brauindustrie voll in das Lager der Scharfmacher eingeschwenkt ist. So wird in Nr. 151 der „Allgemeinen Brauer- und Hopfen-Zeitung“ ein Artikel von einem Syndikus Hermann Schöler wiedergegeben, der wert ist, im Auszug hier festgehalten zu werden. Unter „Zum Sanierungsprogramm der Reichsfinanzen“ schreibt er:

„Den festen Willen haben sie dazu (zur Sanierung der Finanzen. D. Schr.) und auch das Können. Aber dennoch: Wird es ihnen gelingen? Gegenüber dieser Fragestellung hat man sich zu vergegenwärtigen, daß niemand aus seiner Haut heraus kann. Die Herren Brüning und Stegerwald sind Gewerkschaftler: also fühlen und denken sie gewerkschaftlich. Herr Dietrich ist Demokrat: also steht er mit seinem Fühlen und Denken dem der Herren Brüning und Stegerwald sehr nahe.

Worum es sich aber handelt, ist, einen der landläufigen Gewerkschaftspolitik schnurstracks entgegengesetzten Kurs zu steuern, nicht in einem Punkte, sondern in allen Punkten. Da aber versagt das Können und Vermögen der drei Männer der Bindungen und Hemmungen zufolge, die sie vermöge ihrer gewerkschaftlichen Ueberlieferungen in ihrem Innern tragen und von denen sie sich noch nicht, immer noch nicht mit einem kühnen Ruck befreien können. Die Gewerkschaftspolitik hat uns festgefahren in drei wesentlichen Hinsichten: 1. durch die staatliche Lohnpolitik mit ihren

einseitigen Schlichtungsverfahren, 2. durch eine übersteigerte Sozialpolitik, 3. durch gleichzeitige Steuerlenkungsaktionen zugunsten der Mohnießer zu 1 und 2. Die Politik zu 1 war von der falschen Gewerkschaftstheorie getragen, daß gesteigerter Lohn — gesteigerte Kaufkraft — Hebung des inneren Marktes sei. Die Erfahrung hat die drei Männer gelehrt, daß die Theorie der voraussetzungslosen Wissenschaft und der Wirtschaftsführer die richtige ist, wonach gesteigerter Lohn — gesteigerte Produktionskosten — gesteigerte Preise — verminderte Nachfrage — Produktionseinschränkung — zunehmende Arbeitslosigkeit sei. Also soll das Schlichtungsverfahren mit seinen Verbindlichkeitsverpflichtungen jetzt einmal in der Richtung systematischer Lohnsenkung gehandhabt werden, um endlich die Wirtschaft wieder anzukurbeln und eine Verminderung der Arbeitslosigkeit herbeizuführen. Wenn Herr Stegerwald dies Programm wirklich konsequent durchzuführen willens und fähig ist, wird er sich den Dank des Vaterlandes verdienen.“

Aus diesen Zeilen spricht einmal offen der Scharfmachergeist, den man sonst in der Öffentlichkeit auf Seiten der Brauindustrie vermeidet. Der Dank des Vaterlandes wird Herrn Stegerwald versprochen, und man meint dabei doch nur den Dank der Schwerindustrie, zu deren Büttel Herr Stegerwald werden soll. Es hat aber für uns einen besonderen Reiz, solche Zeilen gegenüber der Lohntheorie der Gewerkschaften in einer Zeitung zu finden, die die Interessen einer Industrie vertritt, die auch in den heutigen „schlechten Zeiten“ Dividenden verteilt, für die andere Industriezweige bei guten Zeiten dankbar wären. Vielleicht erkundigt sich dieser Syndikus einmal bei den Abnehmern der Brauindustrie, sie werden ihm einstimmig erklären, daß die schlechte Lage der Arbeiterschaft, insbesondere der geringe Verdienst, die Schuld daran habe, worunter das Wittsgewerbe heute leidet.

Aber es kommt noch besser. Die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung, durch die die Regierung Brüning 115 Millionen sparen will, geht diesem Syndikus noch nicht weit genug. Er ist der Meinung, daß mit dieser „Reform“ keine Möglichkeit zur Sanierung geschaffen werde. Nach ihm müsse, nachdem der Versuch, einen „Fürsorgestaat zu etablieren“, gründlich mißglückt ist, mit dieser Politik radikal gebrochen werden. Also fort mit der Arbeitslosenversicherung scheidet bei ihm die Lösung zu sein. Und dann erst die Krankenversicherung. Hier will Herr Stegerwald auch nur 200 Millionen sparen, während die Vereinigung der Arbeitgeber — und der Syndikus ist der gleichen Meinung — bekanntlich bei „Ausräumung der handgreiflichsten Mißstände“ mit Leichtigkeit 500 Millionen sparen will. Herr Schöler ist weiter der Meinung, man solle es wagen, den Sozialetat aus dem Reichshaushaltsplan herauszunehmen und die „staatssozialistische“ Grundlage der Sozialversicherung in eine individualistische umzuwandeln, also Sonderrechte zu schaffen und einen großen Teil überhaupt von dem Genuß der Sozialgesetzgebung auszuschalten. Am Schluß des fast vier Spalten langen, vom reaktionärsten Geist getragenen Artikels heißt es dann noch: „Darum habe ich geglaubt, das nunmehr in seinen Grundzügen von den Herren Brüning-Dietrich-Stegerwald offengelegte sogenannte „Sanierungsprogramm“ in großem Umriß einmal skizzieren zu sollen, um darzutun, daß die Brauindustrie ständig auf der Wacht und bereit sein muß, ihre ganze Macht geschlossen in die Waagschale zu werfen, um mitzuwirken, daß mit der heillosen Regiererei unserer Tage endlich Schluß gemacht werde, und daß die Staatspolitik auf eine Grundlage gestellt werde, die der deutschen Wirtschaft eine ruhige und stetige Entwicklung ermöglicht.“

Daß in den letzten Jahren gerade die Brauindustrie eine stete Entwicklung durchgemacht hat, was nicht nur die dauernd steigenden Dividenden, sondern auch der Mehrkonsum von 3 Millionen Hektoliter im letzten Geschäftsjahr beweist, scheint der Syndikus ebenfalls nicht zu wissen.

Diese hier skizzierte Haltung ist nicht nur abwegig, sondern für die Erhaltung des Wirtschaftsfriedens äußerst gefährlich, und es ist zu wünschen, daß solche Auslassungen auch für die Zukunft nur Einzelercheinungen bleiben.

Tagung der Molkereiunternehmer

Der Verband der Molkerei-Fachleute hielt am 22. August in Magdeburg seinen 39. Verbandstag ab. In der festlich dekorierten Stadthalle war eine einzige Reichsflagge zu sehen. Groß und breit spannte sich die Handelsflagge schwarzweißrot mit der schwarzrot-goldenen Gösch über den Hintergrund des Saales. Die Dekoration ließ darauf schließen, daß die Mehrzahl der Versammelten keine Freunde der deutschen Republik sind.

Die Hauptpunkte der Tagesordnung bildeten Vorträge von Dr. Claußen, Berlin, über „Gegenwartsaufgaben der deutschen Wirtschaft“ und Dr. Krüger, Stendal, „Gedanken über die zukünftige Berufsausbildung im Molkereigewerbe an Hand des Entwurfs des kommenden Berufsausbildungsgesetzes“. Aus dem Vortrag von Dr. Claußen ist zu entnehmen, daß im Jahre 1929 für rund eine halbe Milliarde



Mark-Molkereiprodukte vom Ausland eingeführt worden sind. Diese Einfuhr gilt es zu vermindern. Das kann nur geschehen, wenn die Molkereien mehr wie bisher Wert auf Qualitätsware legen. Hand in Hand damit muß auch eine gerechte Preisregelung gehen. Vor allen Dingen müßte die Landwirtschaft noch sehr viel beitragen. Bei der Wirtschaftlichkeit und Rentabilität der Molkereien müßte danach getrachtet werden, unrentable mit rentablen Betrieben zusammenzulegen.

Dr. Krüger legte Wert darauf, zu betonen, daß nur ein gut ausgebildeter Molkereigehilfe imstande sei, Qualitätsware herzustellen. Im kommenden Berufsausbildungsgesetz ist die Möglichkeit gegeben, die Ausbildung von Lehrlingen im Molkereigewerbe in neue Bahnen zu lenken.

Das Gesetz läßt auch dem Molkereigewerbe großen Spielraum, sich auf dem Wege der Selbstverwaltung eigene Richtlinien für die Berufsausbildung zu geben. Während bisher in Preußen die Landwirtschaftskammern nach ministeriellen Bestimmungen das Lehrlingswesen im Molkereigewerbe überwachen, haben in Süddeutschland die Handwerkstammern dem Molkereigewerbe Leitfäden gegeben, die als Richtschnur für die Ausbildung im Molkereigewerbe dienen.

Die hohen Anforderungen, die an die Molkereifachleute zur Herstellung von Qualitätswaren gestellt werden, bedingen die Neugestaltung der Berufsfragen. Es ist zu fordern:

1. daß Lehrlinge einer Eignungsprüfung unterworfen werden,
2. daß der Lehrlingsunterricht nach gleichen Grundsätzen allenthalben in allen Landesteilen erteilt wird,
3. daß die Molkereifachleute das Lehrlingswesen im weitesten Maße auf dem Wege der Selbstverwaltung fördern,
4. daß die Molkereigehilfen sich vor Besuch einer Molkereischule einer Aufnahmeprüfung unterziehen,
5. daß die Molkereischulen nach einheitlichen Lehrplänen den Unterricht erteilen,
6. daß die Betriebsleiterprüfungen sich nicht nur auf allgemeines Fachwissen erstrecken, sondern auf die praktische Befähigung.

In der Aussprache konnten sich verschiedene Diskussionen nicht verkneifen, das Mithergebrachte in der Lehrlingsausbildung zu verherrlichen. Ein Redner forderte, der Lehrling muß mit seiner Arbeit beginnen, bevor die Hähne krähen. Er verwies auf die Unwesenden, die doch auch in guter körperlicher Form sind. Wenn früher der Lehrling nicht parierte, dann bekam er eine Portion „ungebrannte Wsche“, allzuviel Zärtlichkeiten gegenüber den Lehrlingen ist verkehrt. Der Redner erntete großen Beifall. Vor allen Dingen wurde verlangt, daß nur dem tüchtig durchgebildeten Fachmann die Leitung von Molkereien übertragen werden dürfe. Leider scheint es heute noch anders zu sein. Der tüchtige Molkereifachmann darf wohl die Arbeit verrichten, aber die leitenden, gut bezahlten Stellen werden von Leuten eingenommen, die die Praxis nur vom Hörensagen kennen.

Wer waren diese Molkereifachleute? Direktoren, Betriebsleiter, Inspektoren, Molkereibesitzer, also Unternehmer, der die Molkereigehilfen in einer Personalabteilung angeschlossen sind. Daß hierbei die Interessen der Molkereigehilfen, die schwere und lange

Arbeit bei ungenügender Entlohnung zu verrichten haben, ins Hintertreffen kommen, liegt auf der Hand. Leider haben die Molkereigehilfen noch nicht eingesehen, in welchem Abhängigkeitsverhältnis sie mit den Unternehmern stehen. Für die Gehilfen gilt wie für jeden anderen Arbeitnehmer das unabänderliche Gesetz der Selbsthilfe, das nur in einer freien Organisation erkämpft werden kann.



Die Taktik des Diktaturkabinetts

A. GRIMMER.



Lohnabbau - Gewaltsam



Schlachtvieh- und Fleischbeschau-ergebnis

Nach einer Zusammenstellung vom Statistischen Reichsamt wurden der Schlachtvieh- und Fleischschau im zweiten Vierteljahr 1930 zugeführt:

	Inlands-schlachtvieh	Gegrenz-schlachtvieh	Zusammen
Ochsen	87 587	4 232	91 819
Bullen	118 378	5 734	124 112
Rühe	369 902	21 526	391 428
Jungrinder über 3 Mon.	238 405	5 046	243 451
Kälber bis 3 Monate alt	1 179 800	667	1 180 467
Schweine	3 987 863	6 855	3 994 718
Schafe	377 057	13	377 070

Es betragen die Durchschnittsschlachtgewichte bei Schlachtungen ausländischer und inländischer Herkunft in Kilogramm und bei Gesamtschlachtungen:

	Inl.-Schlachtung	Ausl.-Schlachtung	Ges.-Schlachtung
Ochsen	339	272	336
Bullen	321	323	321
Rühe	247	241	247
Jungrinder	202	219	202
Kälber	46	61	46
Schweine	90	166	90
Schafe	25	28	25

Diese Zahlen lassen deutlich erkennen, daß der Rückgang des Fleischverkaufes weiter anhält. Wir bringen deshalb nachstehend eine Uebersicht über beschaulich-tige Schweineschlachtungen. Es wurden geschlachtet:

- 2. Vierteljahr 1928 4 515 580 Schweine
- 2. Vierteljahr 1929 4 005 959 Schweine
- 1. Vierteljahr 1930 4 448 306 Schweine
- 2. Vierteljahr 1930 3 994 718 Schweine

Der Fleischverbrauch in Deutschland im 2. Vierteljahr 1930 ergab bei Inlands-schlachtungen 6 298 198 Doppelzentner und bei Seegrenz-schlachtungen 1 053 396 Doppelzentner; zusammen 6 403 594 Doppelzentner.

Die weiter anhaltende Arbeitslosigkeit und die sinkende Kaufkraft der Konsumenten läßt die Befürchtung offen, daß der Fleischverbrauch weiter zurückgeht.

Wirtschaftskrise der Brauindustrie

In der Sektionsversammlung der Brauereiarbeiter in Magdeburg referierte Kollege Thauer über dieses Thema.

Der Referent beleuchtete die Entwicklung des Brauereigewerbes in der Nachkriegszeit, wobei der Rohstoffmangel die Konzentration in dem Brauereigewerbe gewaltig förderte. Jetzt bestehen einige große Brauereikonzerne, wodurch fast sämtliche Brauereien im Reiche beherrscht und beeinflusst werden. Die Konzerne wiederum werden von großen Banken beeinflusst und kontrolliert. Zur Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen sind die Brauereien in Verbände zusammengeschlossen. Außen-seiter gibt es fast nicht mehr. Auf Grund der guten Organisation konnte diese für die Brauereien eine Preispolitik betreiben, die sich finanziell für die Unternehmer sehr gut auswirkte. Die Rohstoffpreise für Malz und Hopfen zeigten in den letzten Jahren eine rückläufige Tendenz. So ist guter Hopfen, der 1924 noch 600 bis 700 Mk. pro Zentner kostete, jetzt schon für 100 Mk. zu kaufen.

Der Aufstieg der deutschen Wirtschaft in den Jahren 1926 bis 1929 brachte auch eine Steigerung des Bierab-satzes, doch ist der Vorkriegsabsatz noch keineswegs erreicht. Die Mechanisierung und Rationalisierung in den Brauereibetrieben macht ebenfalls große Fortschritte. Durch die Aufstellung von neuen Maschinen und Apparaten wurden erhebliche Arbeitskräfte und dadurch Löhne eingespart.

Mit Inkrafttreten der 50prozentigen Biersteuer-erhöhung hat eine rückläufige Entwicklung eingesetzt. Der Absatzrückgang ist zum Teil katastrophal, doch trägt die Biersteuererhöhung nicht allein die Schuld an dem Absatzrückgang. Die kolossale Arbeitslosigkeit und die damit verbundene Schwächung der Kaufkraft der breiten Masse, die in erster Linie als Konsument in Frage kommt, ist ein Hauptgrund des Absatzrück-ganges. Ein weiterer Grund ist die Ueberteuering der Ausschankpreise. Durch die Biersteuererhöhung wurde das Liter Bier um 3,85 Pf. verteuert. Die

Zum Gedächtnis

von Nikolaus Lenau

Gestorben 22. August 1850.

Die drei Zigeuner.

Drei Zigeuner fand ich einmal
Liegen an einer Weide,
Als mein Fuhrwerk mit müder Qual
Schlich durch sandige Heide.

Hieß der eine für sich allein
In den Händen die Fiedel,
Spiegle, umgibt vom Abendchein,
Sich ein feuriges Liedel.

Hieß der zweite die Pfeif im Mund,
Blickte nach seinem Rauche,
Froh, als ob er vom Erdenrund
Nichts zum Glücke mehr brauche.

Und der dritte behaglich schlief,
Und sein Cymbal am Baum hing,
Ueber die Saiten der Windhauch lief,
Ueber sein Herz ein Traum ging.

An den Kleidern trugen die drei
Löcher und bunte Flecken,
Aber sie hoheln frohig frei
Spott den Erdengeschieden.

Dreifach haben sie mir gezeigt,
Wenn das Leben uns nachsetzt,
Wie man's verachtet, verschläft, vergeißt,
Und es dreimal verachtet.

Nach den Zigeunern lang noch schennt
Nacht ich im Weiterfahren,
Nach den Gefästern dunkelbraun,
Den schwarzlockigen Haaren.

Der Einäugige

Von C. B. Hiesgen.

Im Dorfe nannten sie ihn den „Berrückten“.
Ein Granatsplitter hatte sein rechtes Auge zerseht
und Chirurgen hatten jahrelang an seinem Schädel
herumgehämmert und gebohrt, bis er auf einem
Auge blind als Hundertprozentiger entlassen wurde.

Er wußte, daß man mit Fingern auf ihn zeigte.
Wurde ihm der Spott zuviel, rief er mit geballter
Faust zurück: „Wir rechnen ab!“

Man sah ihn stundenlang am Wege sitzen, das eine
Auge angestrengt über eine Zeitung geöffnet, die kein
Besitzer im Dorfe las.

Einige Wochen vor der großen Wahl lief bei der
Post ein Paket an Luciens Adresse ein.

Als er ging, die Sendung in Empfang zu nehmen,
spottete der Bürgermeister, der mit einer Gruppe
dicker Bauern auf dem Markte stand: „He, Lucien,
schickt das der Onkel aus Amerika? — Fällt davon
nichts für unsere Leute ab?“

„Davon sollt ihr beizeiten genug bekommen!“ rief
Lucien gleichmütig zurück.

Brüllendes Gelächter schallte hinter ihm her.

Am andern Morgen, beim ersten Hahnenschrei,
klebten an allen Türen und Türen der Ställe und
Scheunen, der Herrenhäuser und Katen leuchtende
Plakate mit breiten Lettern:

„Auf zur Wahl!“

Jeder Telegraphenmast, jeder Kilometerstein ins
Dorf hinein und hinaus bis in die umliegenden Ort-
schaften riefen auf zur Wahl. An allen Brunnen, so-

gar an den alten Linden vor der Bürgermeisterei
leuchteten die roten Aufrufe. Ueberall in den Dörfern standen
und lasen die Landarbeiter die brennenden Plakate.
Die Knechte blieben vor der Stalltür stehen, ehe sie
die Pferde schirrten, und die Mädchen stellten ihre
Melkeimer nieder, um begierig zu studieren.

Der Bürgermeister rannte hin und her.

„Was tun? . . . Was tun? . . .“

Um die Mittagszeit preschten sämtliche Ein- und
Zweispänner der Umgegend hin zur Bürgermeisterei.

Der Krugwirt bekam alle Hände voll zu tun.

Bis Mitternacht saßen Bürgermeister, Pfarrer und
Bauernschaft hinter verschlossenen Türen und berat-
schlagten.

„Da kann nur eines helfen!“ wisperte der pffiffige
Küster seine Schlaueheit dem Pfarrer wie im Beicht-
stuhl ins Ohr.

„Das wird Furore geben!“, grölten und brüllten
die Herren, als der Pfarrer das Geheimnis des Küsters
in Vorschlag brachte.

Am Sonntag vor der Wahl kam auf der nahe-
gelegenen Station ein erobertes Geschütz an, eine so-
genannte Kriegstrophäe. Sämtliche Schützen- und
Kriegervereine des Kreises waren mit ihren Führern
aufgeboden, das Siegeszeichen mit Trommeln und
Trompeten ins Dorf zu bringen.

Der Bürgermeister schlachtete das schwerste Schwein.
Der Bauernbund spendierte einen fetten Bullen. Der
Pfarrer gab zweihundertfünfzig Liter Wein.

Der Krugwirt baute Zelte auf dem Markt. Böller-
schüsse und Kirchenglocken verkündeten die Einfahrt der
Trophäe in das Dorf.

Offiziere mit Käppis im Specknackten krähten wie
die Hähne über den Marktplatz. Präsidenten in

Mehrzahl der Gastwirte erhöhten aber den Aus- schankpreis um das Drei- bis Vierfache des Steuer- betrages. Durch diese unverantwortliche Preispolitik wurde dem Bier als Volksgetränk der Todesstoß ver- setzt.

Durch die Biersteuererhöhung sollten an Reichs- biersteuern pro Jahr rund 550 Millionen Mark ein- gehen. Der Reichsfinanzminister wird froh sein, wenn das Aufkommen an Biersteuer im laufenden Rech- nungsjahr den Betrag von 1929 400 Millionen Mark übersteigt. Auch die Steuerpolitiker müssen sich sagen, daß letzten Endes eine Verbrauchssteuer nicht überspannt werden kann. Bei der Biersteuer scheint dies der Fall zu sein. Durch die Notverordnung ist den Gemeinden die Möglichkeit gegeben, die bis- herigen Gemeindebiersteuern zu verdoppeln, so daß eine weitere Verteuerung des Bieres bevorsteht.

Die Auswirkungen auf die Beschäftigung in den Brauereien sind schon zu verzeichnen. Der sonst in den Sommermonaten erhöhte Geschäftsgang, wodurch zahlreiche Arbeitskräfte benötigt wurden, ist aus- geblieben. Die sonst in dieser Zeit benötigten (Arbeits- kräfte) Aushilfskräfte sind schon längstens zur Ent- lassung gekommen. Weitere Entlassungen und Kurz- arbeit ist die Folge. Alles das, was der Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter anlässlich der Debatte über die Biersteuererhöhung gesagt hat, ist eingetreten. Leider wurde seinerzeit der von der SPD. gestellte Antrag, diejenigen Brauereiarbeiter zu unter- stützen, die durch die Biersteuererhöhung arbeitslos geworden sind, von den bürgerlichen Parteien im Reichstag abgelehnt. Das Reich bekommt nicht den erhofften Steuerbetrag, dagegen werden im Reich taufende Brauereiarbeiter arbeitslos.

Die Brauereiarbeiter werden nunmehr von der Wirtschaftskrise ebenfalls mit aller Schärfe erfaßt. Hinzu kommt noch die Verschlechterung in der Sozial- gesetzgebung durch die Notverordnung auf Grund des § 48 der Reichsverfassung, wodurch den Erwerbs- losen und Kranken der Brotkorb noch höher gehängt wird. Der Bürgerblock im Reichstag weiß zur Be- hebung der Finanznot kein anderes Mittel als weitere erhebliche Belastungen der breiten Masse - also der Arbeiterschaft.

Durch die verkehrte Steuer- und Zollpolitik werden die notwendigen Lebensmittel weiter verteuert.

Die Reichstagswahlen am 14. September sind für die arbeitende Bevölkerung von besonderer Bedeu- tung. Wahltag ist Jahrtag! Auch die Brauerei- arbeiter haben am 14. September ihren Mann zu stellen. Es kann für sie nur die Liste 1, die Sozialdemokratische Partei als Arbeiterpartei, in Frage kommen.

Zum Verbandstag

In unserer Verbandszeitung Nr. 32 tritt Kollege E. Behnke, Sorau, für einen weiteren Ausbau der Alters- und Invalidenunterstützung ein. Ich bin mit Kollegen Behnke derselben Meinung. Von mehreren Ortsverwaltungen sind Anträge gestellt, beim Ableben eines Mitgliedes die Alters- und Invalidenunter- stützung auf die Ehefrau zu übertragen. Wenn ich auch nicht verkenne, daß wir im Verein mit einer politischen Arbeiterpartei bestrebt sein müssen, durch Kampf einen weiteren Ausbau unserer Sozialgesetzgebung zu erreichen, so bin ich doch gleichzeitig der Ansicht, die

Schärpen und Ehrenketten rannten mit ihren Fracks wie tollerrnde Puter um das Geschüh, das auf seinen morschen Rädern wie eine Drehorgel über das holperige Pflaster klapperte.

Vor der Bürgermeisterei starrte das vertostete Eisen- maul in den blauen Himmel.

Als die Reihe der Redner ausschwadroniert hatte und die Herren zum Imbiß in der Bürgermeisterei verschwanden, sprang Lucien vor das Geschüh. Die Adern quollen ihm um Stirn und Hals und mit der Sprache und den Gebärden des Volkes zeigte er auf seine leere Augenhöhle und auf das Geschüh: „Volksgenossen! - Das hier ist das Mordwerkzeug, das mir das Auge aus dem Schädel riß! - Alle Kriege, die entstanden und entstehen, sind die Schandtät und das Verbrechen jener, die befehlen, in diesem Zeichen zu wählen! - Mit meinem ausgerissenen Auge und mit eurem Schweiß und Blut wollen sie weiter Kriegs- gewinne und Trophäen erobern! - Um unserer Kinder willen, verhindert und ermüdet die Lüge, die ewig unser Elend will! - Geh! hin zur Wahl, indem ihr jene niederstimmt, die euch befehlen, im Zeichen einer Mordidee zu wählen!

Nieder mit jenen, die die Kanone in das Dorf ge- bracht! - Daß ihr es wißt! - Sie laden mit Wein und Brot! - Hier trinkt und ißt sich jeder sein Ge- richt! - In diesem Augenblick gibt es für uns nur einen Ruf: Nieder mit den Volksvorbrechern!

Ein Für und Wider wogte über den Platz. Aber der Keil war zu spüren, den Lucien in die Bevölkerung hineintrief. Ein großer Teil der Dorfbewohner zeigte Lucien offene Sympathie und ging nach Haus.

Das Wahllokal des Kreises war die Bürgermeisterei. Mit Absicht hatte man die Mündung des Geschüses

Unterstützungen innerhalb des Verbandes auf breiter Basis aufzubauen, so daß nach dem Tode eines Mit- gliedes dessen Ehefrau vor der schlimmsten Not be- wahrt bleibt. Hat dieselbe doch teilweise dreißig bis vierzig Jahre, oft sogar noch länger, gemeinsam mit dem Manne vom Lohn die Verbandsbeiträge be- zahlt. Unsere Verbandsangestellten und die in genossen- schaftlichen Betrieben beschäftigten Kollegen genießen bereits heute den Vorzug, Pensionstassen anzugehören, in denen die Ehefrau mit versichert ist. Warum läßt sich nicht für die in den privaten Betrieben beschäftig- ten Kollegen durch Ausdehnung der bereits bestehen- den Unterstützungen innerhalb unseres Verbandes eine ähnliche Einrichtung schaffen? Natürlich müßten sich

Die Taktik des Diktaturkabinetts



Preisabbau - Duldsam

diese Unterstützungen selbst tragen. Es ließe sich dieses auch wohl durch eine kleine Beitragserhöhung, ohne die ja ein weiterer Ausbau der Unterstützungen nach keiner Seite hin möglich ist, erreichen. Mit mir sind wohl viele Kollegen einer Meinung, wenn wir hoffen, daß die Delegierten und der Hauptvorstand sich der Notwendigkeit einer Ausdehnung der Unterstützungen nicht verschließen, sondern auf dem Verbandstag diesem Antrag zustimmen, und im Falle einer Annahme sich für eine baldige Durchführung einsetzen.

Durch den Ausbau unserer Unterstützungen wird der Charakter unseres Verbandes als Kampforgani- sation nicht leiden.

H. Seeling, Wejermünde-G.

§ 44. Sehr häufig wird in unserer Zeitung von den Leistungen unseres Verbandes gesprochen. Es ist nun ganz natürlich, daß unseren Einrichtungen in der Familie größtes Interesse entgegengebracht wird. Bei

darauf eingerichtet. Drei Tage vor der Wahl glänzte das eroberte Geschüh im frischen Lackanstrich.

Lucien rannte Tag und Nacht von Haus zu Haus, dorfein, dorfaus, bis zur entlegensten Kate. Am Tage vor der Wahl lagen frühmorgens rote Flugblätter auf allen Tischen in den Gesindestuben. Unter jede Tür, hinter jede Fensterlade war sorgsam ein Blatt ge- schoben.

So verschaffte sich Lucien das letzte Wort. Die Herren waren ihrer Sache sicher. Sie belachten spöttisch die Hezerei des Berrückten. Ihre Wahlkanone war zu gut placiert.

„Morgen ist Wahl!“ riefen lachend die Landarbeiter Lucien zu, als sie am Abend ins Dorf heimkehrten.

„Ein Wetter zieht auf!“ zwinkerte Lucien den Arbeitern zu und zeigte auf den Himmel, der die Sonne in Schwefelwolken erstickte.

Die stechende Hitze des Tages wurde zur schwülen, drückenden Nacht. An Stelle der Sterne loderten feuerschleudernde Blitze über die Höhen. Peitschende Donnerschläge zerrissen die Atmosphäre. Fenster und Türen lagen unter Schloß und Riegel. Kein Hund wagte sich aus seiner Hütte.

Im strömenden Regen schlich sich Lucien die Linden- reihe am Markte entlang hin zum Geschüh. Er schob die Steine von den Rädern der Kanone weg, hob den Lafettenschwanz, schwenkte ihn hin und her und rollte das Geschüh die Dorfstraße hinab, dem Steinbruch zu. Dann, wenige Schritte vor dem Ziel, ließ er das Fahr- zeug los, daß es krachend den steilen Hang hinunter- schoß und im tiefen Teich des Steinbruchs auf- schäumend versank.

Der Sonntag brachte schönes Wetter und einen sozialistischen Abgeordneten, der für eroberte Kanonen kein Interesse hat.

Krankheit und Erwerbslosigkeit nimmt ja die Familie teil an dem, was von der Organisation für diese Fälle vorgesehen ist.

Im Falle eines Ablebens ändert es sich, und die Gattin, die sonst gemeinsam alles mit durchkämpft und an der Invaliden- und Altersversicherung interessiert ist, kann für diese Einrichtungen keinen Anspruch als Hinterbliebene geltend machen.

Es fragt sich nun, ob eine Ausdehnung dieser Für- sorge auf die Ehefrau überhaupt als eine Mehr- belastung anzusehen ist und wie hier eventuell ein Aus- gleich geschaffen werden kann, um nicht den Schein einer Zurücklegung zu erwecken.

Es wäre eventuell zu § 44 folgender Absatz 11 hin- zuzufügen:

„Die hinterbliebene Ehefrau oder eine Person, die mit einem verstorbenen Mitgliede in ehelicher Gemeinschaft oder in dauerndem Fürsorgeverhältnis gestanden hat, kann sich die Anwartschaft auf 7/10 der Rente dadurch erhalten, daß dieselbe bis zu dem Zeit- punkte, an dem der Verstorbene Anspruch auf staatliche Rente gehabt haben würde, einen Aner- kennungsbeitrag in Höhe des bisher gezahlten Alters- und Invalidenzuschlages zahlt. Der Zuschlag beträgt 50 Pf. bzw. 1 Mk. und ist monatlich fällig. Es kann auch schriftlich Stundung gewährt werden und wird eventuell der geschuldete Betrag bei Fälligkeit der Auszahlung vorweg einbehalten.“

(Diese Bestimmung soll eine Härte vermeiden, im Falle die Witwe keine Verdienstmöglichkeit hat.)

Dieser Absatz 11 müßte rückwirkend Kraft haben für die Witwen der bis jetzt verstorbenen Pensionäre.

Zum Beispiel: Ein Mitglied trat mit 20 Jahren dem Verband bei, es zahlte 1 Mk. Grundbeitrag und 10 Pf. Pensionstassenzuschuß und starb im Alter von 50 Jahren. Die Witwe hätte in diesem Falle noch 15 Jahre Anerkennungsbetrag von insgesamt 90 Mk. zu zahlen, um dann im Erlebensfall eine Unterstützung von monatlich 31,50 Mk. zu beziehen.

Es würde dies nicht als Belastung angesehen werden können, da ja das Mitglied selbst nach 30jähriger Mit- gliedschaft 45 Mk. im Monat erhalten würde. Sollte es jedoch versicherungstechnisch Schwierigkeiten be- reiten, so könnte die Anwartschaft auf Rente den Ver- zicht auf die Beerdigungsbeihilfe in sich schließen, so daß neben der Beihilfe der Ortskrankenkasse nur eventuell der Betrag der Ortsverwaltung des Ver- bandes zur Auszahlung käme.

Ich bin der Hoffnung, daß das hier Ausgeführte ein annehmbarer Vorschlag ist, daß unser Verbands- tag auf die eingegangenen Anträge in diesem Sinne beschließt und wir auch auf diese Weise wieder einen Fortschritt zu verzeichnen haben.

Arnold Grobe, Hannover.

Wir schließen nunmehr die Diskussion zum Ver- bandstag, da wir den knappen Raum der „Einigkeit“ für andere wichtige Fragen unbedingt benötigen und die Polemik nichts mehr Neues bringen kann.

Die Redaktion.

Die Innungs-Krankenkassen

Nach der Tagung des „Hauptverbandes deutscher Krankenkassen“ veranstaltete auch der „Hauptver- band deutscher Innungskrankenkassen“ am 25. August in Chemnitz eine Kundgebung.

Beide Tagungen haben starke Gegensätzlichkeit ge-

6000 Gesellen - 4000 Fleischereien

Die Romantik Alt-Berlins stirbt aus. Nur die Aus- stellung, die augenblicklich in Berlin stattfindet, gibt noch Zeugnis vergangener Zeiten. Im „Scheunen- viertel“ löst das moderne Großstadthaus die uralten Häuser und Höfe ab. Früher oder später wird dann auch die traurige Berühmtheit des Scheunenviertels verschwunden sein.

Eins aber hat sich dieses alte Viertel noch immer er- halten. Aus allen Teilen Deutschlands pilgern Tausende von jungen und alten Menschen in der weiß-blau gestreiften Uniform der Schlachter nach Berlin, in das Scheunenviertel und die Ecke Hirten- und Kleine Alexanderstraße ist ihr Eldorado.

Nicht aber hat es sich herumgesprochen, daß in Berlin 4000 Ladenfleischereien vorhanden sind, die nicht einmal jede einen Gesellen beschäftigten, und 6000 Fleischergesellen sind dauernd auf Arbeitssuche, gleich einem ewigen Kreislauf. Diese fürchterlichen Zahlen jahren nicht! Jemandem, alle! denken, daß Berlin gerade auf ihn wartet und Arbeit gibt. Berlin wartet nicht! Hier lebt die Zeit schnell, Sentimentalität ist unbekannt. Immer größer wird der Zulauf vor dem Büro des gewerbsmäßigen Stellenvermittlers, der wilden Fleischerbörse, und es ist ein Glück, daß sie am 31. Dezember schließen muß. Ein breiter Menschen- strom stößt und schiebt vorwärts, schon kommen die ersten wieder zurück und eine wilde Hag beginnt um die Stellung. Zehn melden sich zu gleicher Zeit, zehn ringen um die in Aussicht stehende Arbeit. Aber nicht nur der Stellenvermittler existiert hier, Wäsche- und Messerhändler bieten ihren Kram an.

Die paar Groschen sind seine letzte Habe. Eine Mart muß er heute abend für die Herberge, die gleich neben- an liegt, berappen. Überall hängen Schilder vor den

zeigt. Die Ortskrankenkassen protestierten gegen die die Versicherten schädigende Einstellung der Brüning-Stegerwald-Regierung und der Innungs-Krankenkassentag stellte sich geschlossen hinter die Regierung und hat die Verordnung über die Reform der Krankenversicherung für richtig befunden.

Auf dieser Tagung kam zum Ausdruck, „daß es unbedingt richtig ist, daß der Arbeitnehmer im Falle seiner Erkrankung eine kleine (!) Gebühr in Form von Arzneikostenbeteiligung und der Krankenscheingebühr entrichtet“. Geschäftsführer Dr. Eitenfeldt-Hannover betonte ferner, daß die Innungs-Krankenkassen schweren Herzens Zugeständnisse hätten machen müssen, so u. a., daß die Errichtung neuer Innungs-Krankenkassen nicht mehr wie bisher von der Zustimmung des Gesellenausschusses, sondern von der Mehrheit der abstimmenden Arbeitnehmer abhängig ist. Dagegen mußte aber dankbar anerkannt werden, daß der Reichsarbeitsminister die Zusammenlegung kleinerer Kassen zuließe.

Das Reichsarbeitsministerium hatte den Oberregierungsrat Sauerborn entsandt, der ausführte, daß die Notverordnung nicht als reaktionär bezeichnet werden könnte. Ohne daß er seinen Minister zu verteidigen brauchte, denn die Chemnitzer Tagung hat vorbehaltlos alle Verschlechterungen geschluckt, gefiel er sich in einem Recheneimpel und betonte das weite Herz Stegerwalds, das doch nichts verbrochen habe, daß ein Arbeitnehmer bei zwei Erkrankungen im Jahre zweimal 50 Pf. Krankenscheingebühr, also 1 Mk., und 2,50 Mk. für Arzneibeteiligung, somit insgesamt 3,50 Mk. bezahlen müsse, wofür er aber 10 Mk. jährlich an erhöhten Versicherungsbeiträgen sparen würde. Diese Verlegenheitsbegründung kann das Reichsarbeitsministerium aber auch nur den Innungs-Krankenkassen geben, denn es ist ja schon mehr als landläufig bekannt, daß die Regierung mit ihrer Notverordnung tatsächlich nur den wirklich Kranken und armen Arbeiter belastet. Es ist nur ein Glück, daß der Widerhall der Chemnitzer Tagung nicht so tausendfältig wie der der Dresdner Tagung des „Hauptverbandes deutscher Krankenkassen“ gewesen ist; denn ihr Ausklang entsprach voll und ganz der Auffassung der Versicherten aus dem Arbeiterlager.

Hebung der Kaufkraft

Die Hebung der Kaufkraft für das Gros der Arbeiter und Angestellten bedeutet Belebung der Wirtschaft allgemein und insbesondere für das Handwerk und den Detailhandel. Sie ist für letzteres bereits eine Lebensfrage geworden. Es gibt zwei Wege, diese Kaufkraft zu heben. Erstens Erhöhung der Löhne und Gehälter oder zweitens rückwärtsloser Preisabbau für alle Lebensmittel und Bedarfsgegenstände. Die augenblickliche Kaufkraft breiter Volksschichten ist zu schwach, um eine Gesundung des Wirtschaftslebens herbeizuführen. Ein weiteres Sinken der Kaufkraft muß zur Katastrophe führen. Die Steigerung der Produktionsquote des einzelnen Arbeiters oder Angestellten bedeutet eine verstärkte Zunahme der Arbeitslosigkeit und damit eine größere Inanspruchnahme öffentlicher Mittel. Die Frage des rückwärtslosen Lohnabbaues mit der gleichzeitigen Forderung, die Leistung der Sozialversicherung zu beschränken, wie dieses von der Groß-

haustüren: „Schlafstelle für 80 Pfennig“ und dort an der Wand steht mit Kreide geschrieben: „Betten müssen bis 10 Uhr abends gemeldet und bezahlt sein!“ In der Herberge hocken an den Tischen junge Menschen. Allerhand Bilder schmücken die verräucherten Wände. An der Decke wird eine Kuh zum Schlachthaus geführt, an den Seiten Metzger, die vor dem Brühkessel stehen und ihre Messer schärfen. Wies frönt dann der tiefsinnige Spruch: „Ein Deutscher, der nicht kaufen kann, der Jahre über'n Ozean!“ Mit dem Sausen hat es gute Weile. Es fehlt an Geld. Es ist mal einer gekommen, hat eine Zigarette gekauft, der andere eine trockene Semmel. Viele zusammengefrachtete Pfennige wurden auf die Theke gelegt. Einer sah ganz verhungert aus und konnte sich nichts kaufen. Morgen wollte er wieder weiter.

Mir war so sonderbar zumute, ein Fremdling in dieser kalten Stadt. Abends wird es lebendig in der Kneipe. Freitags und Sonnabends geht es hoch her, kein Platz ist mehr zu finden. In dem stickigen, rauchigen und nach Karbol riechenden Raum (hier wird jeden Tag desinfiziert) ist Betrieb. Der Klavierspieler quält sich, aus dem verstümmten Klavier ein paar Töne herauszuholen. Es ist aber nicht nur vom Tabaksqualm dicke Luft, oft, oft, schreiet die Polizei ein. Eine Zeitlang war der Rauschmeister in dieser Kneipe kein anderer als der drei Zentner schwere Reger und Schwergewichtsmeister im griechisch-römischen Ringkampf. War Bambula, unter dem Spitznamen „Chicagoer Schlachtereiche“ bekannt, der kürzlich starb. Am nächsten Tag ist alles wieder artig. Hier in diesem Bierel, in diesem Berlin, ist es wirklich ein Elend, als arbeitsloser Fleischergeselle zu leben. Weide Berlin, arbeitsloser Fleischer, und du tuft an dir selber ein gutes Werk!

industrie in die Praxis umzusetzen versucht wird, ist ein Ding der Unmöglichkeit und stellt ein gewagtes Experiment dar. Das Vorgehen der Industrie deutet mehr auf politische als auf wirtschaftliche Ziele hin. Würde die Großindustrie einen zwanzigprozentigen Gehaltsabbau oder die Entlassung weiterer 10 Proz. ihrer Arbeiter und Angestellten durchführen, so würde sie sich selber nicht nur schadlos halten, sondern aus diesem unsozialen Vorgehen noch Kapital schlagen und ihre Machtposition wesentlich verstärken. Die bereits eingetretene Verschlechterung der Sozialversicherung auf Grund der Notverordnung schlägt bereits fühlbare Wunden und dürfte sich in allernächster Zeit recht



Der Sturm des Volkes wird meine Steuerrückzahlung vernichten

nachteilig auf die Lebens- und Existenzverhältnisse der Arbeiter und Angestellten auswirken.

Der Erlaß der Notverordnung ist ein indirekter Erfolg des Großkapitals und der Großindustriellen. Sie wollen die schaffende Bevölkerung unter möglicher Ausschaltung ihrer Vertreter im Parlament und in der Regierung einflusslos machen. Sie wollen diktatorische Verhältnisse schaffen und die Arbeiter und Angestellten zu Heloten des Kapitals machen. Die Angestellten und Arbeiter müssen diesen Bestrebungen scharf entgegentreten und versuchen, das wieder gutzumachen, was bereits durch die Notverordnung verschlechtert ist. Sie müssen im Wirtschafts- sowie im politischen Kampfe mehr aktiv werden und ihren Mann stehen. Die Kaufkraft und das Lebensniveau eines jeden Menschen ist abhängig von der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung des Staatswesens. Das Staatswesen wird dirigiert von dem Stärkeverhältnis der politischen Parteien. Die Interessenspartei der Arbeiterschaft ist nur die Sozialdemokratie. Diese wird je nach dem Ausfall der Reichstagswahlen über wirtschafts- und sozialpolitische Fragen mit zu entscheiden haben, und zwar zum Vorteil der Angestellten und Arbeiter.

Jeder Kollege und jede Kollegin wählt deshalb am 14. September sozialdemokratisch!

Ueberwacht die Arbeitszeit in den Fleischereien!

Die zunehmende Arbeitslosigkeit im Fleischerhandwerk und die dauernden Verstöße der Fleischermeister gegen die tarifliche und gesetzlich geregelte Arbeitszeit gab dem Verbandsvorstand Veranlassung, das Preussische Ministerium für Handel und Gewerbe auf diese Zustände aufmerksam zu machen. Es wurde insbesondere verlangt, schärfere Kontrollen durchzuführen und um schärfere Abmündungen von Verstößen besorgt zu sein.

Das Preussische Ministerium für Handel und Gewerbe teilt nun in einem Schreiben mit, daß die zuständigen Aufsichtsbehörden durch Erlaß des Ministers zur Durchführung der Arbeitszeitbestimmungen erneut angewiesen seien. Das Schreiben schließt mit der Bemerkung:

„Ich stelle jedoch ergebenst anheim, in Einzelfällen Ueberschreitungen der Arbeitszeitvorschriften oder besondere Mißstände in einzelnen Orten dem zuständigen Gewerbeaufsichtsamte zur Kenntnis zu bringen, daß dann in jedem Falle eine Nachprüfung der Angelegenheit vorzunehmen wird.“

Die Kollegen müssen nun selbst die Fleischereibetriebe überwachen, um so der Arbeitslosigkeit zu Leibe gehen zu können. Noch immer war Selbstschutz die beste Maßnahme. Bringt deshalb alle Fleischermeister, die sich noch immer nicht an die Einhaltung der gesetzlichen und tariflichen Arbeitszeitbestimmungen gewöhnen können, rückwärtslos zur Anzeige!

Doppelzüngigkeit des Kapitals

Die Unfähigkeit des Kapitalismus, aus eigener Kraft zu Nutz und Frommen der deutschen Wirtschaft zu wirken, kennzeichnet Professor Bonn in seinem Buche „Das Schicksal des deutschen Kapitalismus“ mit folgenden charakteristischen Sätzen:

„Die deutsche Wirtschaft steht heute schon mit einem Staatssozialismus, in dem der Staat in seinen verschiedensten Formen Kapitalbildung und Kapitalbezug regelt. Die Wirtschaftsführer greifen die Grundzüge dieses Staatssozialismus in leidenschaftlicher Weise an, wenn es sich um allgemeine Grundzüge handelt. In den einzelnen Zweigen des Wirtschaftslebens aber, ja selbst bei einzelnen Unternehmungen — wenn es sich um Subventionen handelt — billigen sie nicht nur die Rentabilitätsverschiebungen, die jede Schutzpolitik sich zur Aufgabe macht; sie sehen darin geradezu das Ziel der Wirtschaft. Die gleichen Leute, die noch vor wenigen Jahren in einem erbitterten Kampfe bestehende Staatsunternehmungen, wie die Deutschen Werke, zu zerbrechen suchten, laufen sich die Füße ab, um den Staat zum Teilhaber zu gewinnen, wenn sie in Kreditnöten geraten oder Ruffengeschäfte finanzieren wollen. Der deutsche Kapitalismus ist längst nach Canossa gegangen; zähneklappernd in härenem Gewande steht er heute im Schloßhof und friert.“

Das ist also das unverhüllte Gesicht des Kapitalismus, daß er sich erst wie rasend über die Staats- und anderen gemeinnützigen Betriebe gebärdet und dann froh ist, wenn er mit Staatsgeldern wieder auf die Beine gebracht werden kann. Im Zeitalter der Subventionen, die der Staat den Kapitalisten einräumt, haben sie es noch immer vortrefflich verstanden, sich durch die Futtertruppenwirtschaft wohl sein zu lassen. Hier offenbart sich die Politik des Interessentenhaufens, an dessen Stelle die Politik des Staatsvolkes, der Arbeiterschaft am 14. September treten muß! Deut daran!

Gebietet Einhalt!

Die Arbeiterschaft behauptet mit Fug und Recht, daß die Regierungsmaßnahmen der Brüning-Stegerwald-Regierung die brutalsten sind, deren sich eine Regierung bisher bedient hat. Ihre Regierungskunst ist aufgebaut auf dem Schutze des Geldsacks und der Schröpfung der Arbeiterschaft. Mit der Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches in der Metallindustrie von Deynhaußen gab sie das Signal zum Lohnabbau und die schwerindustriellen Scharfmacherparten nicht mit Komplimenten. Der zweite Streich folgte gegen die Sozial- und Krankenversicherung. Von der Zahlungsfähigkeit des an sich schon ausgeplünderten Arbeiters wird das Behandlungs- und Gesundungsrecht abhängig gemacht. Recht auf seine gesundheitliche Wiederherstellung soll nur derjenige haben, der 50 Pf. abladen kann. Nichts, aber auch gar nichts ist gegen die Erfassung des Besitzes „verordnet“ worden. Ungestraft laufen noch immer die Staatsbürger herum, die ihre Millionen ins geeignete Ausland verschieben konnten und dort Steuerfreiheit genießen.

Jetzt beabsichtigt die Brüning-Stegerwald-Regierung, zur weiteren Senkung der Besitzsteuern eine neue Verschärfung der Verbrauchssteuern durchzuführen und will auch die Lohnsteuererstattungen beseitigen. Es sollen also neue Steuern erhoben werden, um Beiträge zu gewinnen zur Senkung der Kapital- und Einkommensteuern! Die armen, ausgeplünderten Volksschicht weiter bis zum Weißbluten geschöpft werden!

Gebietet Einhalt! Am 14. September bietet sich Gelegenheit, durch Abgabe des Stimmzettels für Liste 1 diesem Raubzug auf die Taschen der Arbeiter ein Ende zu machen. Wir müssen klar erkennen, trotz dem Geheul aller Gegner und dem christlichen Anhang der Regierung, daß nur durch eine starke Sozialdemokratische Partei alle Anschläge abgewehrt werden können. Auch Jesus hat die Geldwechsler aus dem Tempel herausgeworfen, weil sie aus seines Vaters Hause eine Mördergrube machen wollten!

Hitlers Geldquellen

Die Riesenerfolge der Nazis sind für sie bald untragbar. Es wird offiziell bekanntgegeben, daß bis zum 14. September noch 34 000 Wahlversammlungen stattfinden, um die Nazi-Idee zum Siege zu führen. Durch Indiskretion erfährt dabei gleich die Öffentlichkeit, daß für die Versammlungsredner recht erhebliche Honorare in Betracht kommen. Während die großen Kanonen 150 bis 200 Mk. für eine Versammlung einstreichen, beträgt der niedrigste Satz für die letzte Rednergarnitur 50 Mk. Es soll Nazi-Redner geben, die sich in dieser Wahlzeit erhebliche Ersparnisse für spätere schlechtere Zeiten zurücklegen können. Um diesen Riesenerfolgswall zu bewältigen, sind etwa 2 Millionen Mark für die Redner notwendig, ganz ab-

gesehen von den sonstigen Ausgaben, wie Kellern und Soalmiete.

Da aber die Klassen der Nazi mit ständigem Dalles zu tun haben, so müssen Geldquellen erschlossen werden. Bei den Anhängern, in der Hauptsache minderbemittelte Kreise, ist nichts mehr zu haben. Sowohl die intellektuellen als auch die Hand- und Kopfarbeiter, soweit sie den Nazis Gefolgschaft leisten, sind durch die Wirtschaftsnot bis aufs Hemd ausgeplündert. Ihrem wirtschaftlichen Kampf wird nur durch das Wohlwollen der Hitler-Apostel Hoffnungen auf spätere Zeiten eingepflanzt, und die revolutionären Kleinrentner halten ihre Taschen feste zu, denn sie wollen erst abwarten, ob sie auch hier nicht wieder wie in der Wirtschaftspartei die Betrogenen sein werden.

So mußten die Nazis mit ihrem Klingelbeutel eine Treppe höher steigen und in die Kreise eindringen, wo noch Meos zu haben ist. Ihre Parteitage zieren Großindustrielle und Geldleute als Ehrengäste. Die Großagrarien bemühen sich redlich, in ihren Kreisen Gelder für die Nazis zu sammeln, wie uns der erst kürzlich in der Tagespresse veröffentlichte Aufruf der Großbauern in Ostpreußen und Pommern bewies. Wenn aber diese Kreise hinter einer Partei stehen, dann ist die Sache bestimmt faul, Millionen der Mittläufer, die jetzt auf Hitler alle ihre Hoffnungen setzen, werden wieder betrogen sein.

Unsere Verbandsmitglieder werden einsehen, daß von den Nazis nichts Gutes erwartet werden kann. Gefangen sie ans Staatsruder, dann werden in erster Linie ihre Geldgeber geschützt und die betrogenen Wähler können in den Mond gucken.

Rückständig ist Trumpf!

Seit Jahren bemühen wir uns, mit dem Verband Süddeutscher Küfermeister zu einem Landestarif für Württemberg zu kommen und die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu regeln. Diese Bemühungen führten erneut zu einem diesbezüglichen Antrag an die Unternehmer. Damit beschäftigte sich auch der Verbandstag der Unternehmerorganisation. Im Bericht hierüber heißt es: „Von den Arbeitnehmern, und zwar vom Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter, ist vor einigen Wochen wiederum das Ersuchen an uns gestellt worden, einen Landestarifvertrag abzuschließen nach dem Muster eines Vertrages mit den Weinhandlungen und Brennereien. Derselbe enthält u. a. auch ein Sonderabkommen, das das Verhältnis mit den Lehrlingen, und zwar die Entschädigung für dieselben, Erholungsurlaub usw., enthalten soll. Die Obermeistertagung hat sich einstimmig gegen den Abschluß des Tarifvertrages ausgesprochen, aus den gleichen Gründen, die wiederholt, letztmalig auf dem Verbandstag in Heilbronn, von unserem Verband dargelegt sind. Besonders wenden wir uns gegen jede Festlegung unseres Verhältnisses zu den Lehrlingen. Wir vertreten den Standpunkt, daß der seither bestehende Lehrvertrag als ein Erziehungsvertrag anzusehen ist, aber kein Arbeitsvertrag sein darf, der er aber werden wird, wenn wir die Bedingungen der Arbeitnehmer annehmen.“

Dieser Standpunkt der Kleinmeister ist nichts Neues, bringt auch keine Ueberraschung. Sie sind Gegner jeder geregelten Lohn- und Arbeitsbedingungen. Unbefchränkte Ausbeutung von Lehrlingen und Gesellen ist und bleibt für sie die Parole. Eine Aenderung dieser Einstellung kann ihnen nur durch den harten Zwang beigebracht werden und dies wird über kurz oder lang geschehen, das mögen sich die Herren aus der „guten alten Zeit“ merken.

Erbitterter Abwehrkampf der Offenbacher Bäcker

Die Offenbacher Bäckerinnung sucht als erste den Ruhm zu erwerben, die reaktionären Pläne des „Germania-Verbandes“ zu verwirklichen. Bekanntlich hat der „Germania-Verband“ einen „Mustertarif“ seinen Innungen vorgeschrieben und angeordnet, daß keine Innung ohne Mitwirkung des Zweigverbandes vorstehenden oder ihrer Synodi mit der Arbeitnehmerorganisation Verträge abschließt. Die Innung kündigte zum 30. Juni den Manteltarif, der auf Antrag beider Parteien allgemeinverbindlich erklärt ist. Die Innungsvorlage will eine Arbeitszeit bis 54 Stunden in der Woche ausschließen der Pausen, wobei die tägliche Arbeitszeit zwölf Stunden nicht überschreiten darf. Für Mehrarbeit soll gnädigst 10 Proz. gewährt werden. Erholungsurlaub soll nach einjähriger Tätigkeit drei Tage, alle zwei Jahre um einen Tag steigend, nach zehn Jahren acht Tage und nach mehr als zehn Jahren zehn Tage gewährt werden, die aber in Wegfall kommen sollen, falls der Arbeiter tarifwidrig das Arbeitsverhältnis auflöst oder die Entlassung nach § 123 RGD. erfolgt. Krankheitsfälle und § 615 BGB. sollen in Wegfall kommen. (Bisher bis 24 Tage im Jahr die Lohndifferenz.) Eingezahlt sind Lohnsätze für die Dauer des Tarifs, die bis 32 2 Proz. Lohnkürzung enthalten. An diesem Mustertarif hatten neben den Scharfmachern die Synodi Dr. Maurer, Darmstadt, und Dr. Kirrmaier, Offenbach, mitgewirkt.

Da die Arbeitnehmervertreter jede Verhandlung auf der Grundlage dieser Vorlage ablehnten, ebenfalls über die ungekündigten Löhne (inzwischen ist die Lohnkündigung erfolgt), mußte der Schlichtungsausschuß durch Beschluß die Parteien verpflichten, auf der Grundlage des alten Tarifs die Verhandlungen zu führen. Die Verhandlungen mußten scheitern, weil die Innung an ihren Abbaupropägen festhielt, wobei sich die Bäckermeister Kauderer und Wohlfahrt als besondere Scharfmacher zeigten und deutliche Unfähigkeit zur sachlichen Verhandlung bekundeten. Der inzwischen gefällte Schiedspruch über den Manteltarif unter Vorsitz von Dr. Eise (angeblich Nazi) bringt vollständige Beseitigung der Zuschüsse in Krankheitsfällen und Verlängerung der Arbeitszeit. Der Schiedspruch ist von den Arbeitnehmern abgelehnt. Erster Kampf steht bevor.

Eingänge bei der Hauptkasse

Vom 24. bis 30. August 1930.
Postkontos der Hauptkasse Berlin 12 079, Rahmungsmitel- und Getränkearbeiter - Hauptverwaltung G. m. b. H., Berlin NW 40

Ortsgruppen:
Altenburg 700, Cottau 120, Aitz 1228,55, Gießen 400, Seltberg 200, Stettin 4000, Magdeburg 3225,95, Kollinghausen 350, Königsberg 130, Naumburg 250, Passau 1000, Pulstich 100, Wittenberg 350, Zittau 500, Trier 26,50, Bauen 500, Elbing 440, Göttingen 200, Sahn 700, Jümenau 200, Witten 100, Eilenburg 800, Berlin 61, Breslau 31,50, Königsberg in Preußen 29,50, Pleskau 26,75, Ulm 29, Stettin 30, Neustadt an der Saardt 22,75.

Sonstiges:
Augsburg 750, Koburg 2,40, Wiesbaden 8, Berlin 2,50, Dubrovnik 1,39, Berlin 30,87.

Korrespondenzen

Döbeln i. S. Die außerordentliche Mitgliederversammlung der Ortsgruppe nahm am 24. August zu einem vom Angestellten Zeißig des Metallarbeiter-Verbandes in der „Leipziger Volkszeitung“ erschienenen Artikel, in dem gegen unsere Vorstehenden Verurteilungen ausgesprochen wurden, Stellung. Die von mehr als 60 Mitgliedern besuchte Versammlung verurteilte in schärfster Weise das Vorgehen des Gewerkschaftsangeestellten Zeißig. Sie sprach unserem Ortsgruppenvorsitzenden Kollegen Lichtenstein das volle Vertrauen aus und erwartet von Zeißig, daß er seine in der Deffenlichkeit erhobenen Anschuldigungen zurücknimmt.

Köln a. Rh. (Darmbranchen) Mit Wirkung ab 15. Mai war es möglich, mit den beiden größten Darmfirmen einen Mantel- und Lohnvertrag abzuschließen, wodurch den Beschäftigten viele Vorteile gesichert wurden. Wenn nicht alle Forderungen verwirklicht werden könnten, so war die Wirtschaftskrise daran schuld; denn die Firma Schöffinger hat 85, die Firma Hahn und Meier 20 Kolleginnen entlassen, zum anderen aber auch die Beschäftigten selbst, da noch immer Kollegen unserem Verband abtrübselnd sind und so nicht zu ihrem eigenen Nutzen die notwendige Geschlossenheit aufbringen.

Magdeburg. Nach längeren Verhandlungen und nachdem sich die Kollegen unserem Verband angeschlossen hatten, war es gelungen, mit der Köpfschlächter-Zwangsinnung für den Regierungsbezirk Magdeburg einen Mantel- und Lohnvertrag zum Abschluß zu bringen. An den Beschäftigten liegt es nun, die Errungenschaften aufrechtzuerhalten, damit weitere Verbesserungen erreicht werden können.

Internationales

Kamerad Goudsmit, Jubilar. Erst kürzlich konnten wir berichten vom Dienstjubiläum unseres Freundes Hillebrecht, Vorsitzender des holländischen Bruderverbandes. Vor einigen Tagen blickte auch der Redakteur der holländischen Organisation, Kollege Js. Goudsmit, auf sein 25jähriges Angestelltenjubiläum zurück. In aller Stille vollzog sich die Ehrung unseres um die holländische und internationale Bewegung rührig tätigen Freundes, so daß wir ihm erst jetzt unsere Glückwünsche darbringen können.

Als 1905 sich die holländische Organisation konsolidierte und ihren Aufbau nach dem deutschen System mit der Unterstützungseinrichtung einführte, mußten besoldete Kräfte für die Leitung gewonnen werden. Die Organisation wies erst 630 Mitglieder in 14 Abteilungen auf und hatte kaum 300 Gulden Vermögensbestand. Große Sprünge konnten damit nicht gemacht werden. Wohl grünte und brodelte es in den Kollegenkreisen, denn die soziale und wirtschaftliche Lage der Berufsangehörigen war eine sehr traurige. Gegen das sozial rückständige Unternehmertum mußte der Kampf mit aller Schärfe geführt werden.

In den verflossenen 25 Jahren leistete die Organisation Bedeutendes. Sie vereinigt jetzt 3600 Mitglieder in 68 Abteilungen, verfügt über einen großen Vermögensbestand. Das Unterstützungswesen ist auf zentraler Grundlage durchgeführt, die Nachtarbeit in den Bäckereien ist gesetzlich verboten, die 48-Stunden-Woche besteht bei sechstägiger Arbeitszeit. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind für fast alle Betriebe tariflich geregelt.

Diese Gegenüberstellung und der bedeutende Erfolg ist notwendig, um die großen Verdienste unseres Jubilars zu würdigen. Er kann voll Stolz auf das von ihm mitgeschaffene Werk zurückblicken. Möge er noch lange Jahre seine Kenntnisse der Organisation zur Verfügung stellen. Dieser unser Wunsch soll ihn bei allen seinen zukünftigen Verbandsarbeiten begleiten.

Streik der Zuckerwarenarbeiter in Polen. Die politischen Zustände in Polen machen die Unternehmerreaktion immer mutiger. Sobald sich die Arbeiter und Arbeiterinnen ihrer gewerkschaftlichen Organisation anschließen und versuchen, die unerhört traurigen Zustände

zu beseitigen, wird vom Unternehmertum in rigorosester Weise dagegen vorgegangen. Kürzlich wurden Verbandsmitglieder in einer der größten Firmen der polnischen Zuckerwarenindustrie wegen ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit gemasregelt. Darauf iraten sämtliche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen am 22. August in den Streik. Da diese Aktion sowohl für die polnische als auch für die internationale Gewerkschaftsbewegung von großer Bedeutung ist, sowie auch die Kollektivverträge im Bäckerei- und Mühlenhandwerk vom Unternehmertum gekündigt wurden, so wird sich bestimmt auch die IUL. mit dieser Angelegenheit noch weiter beschäftigen. Es muß verhindert werden, daß das Unternehmertum in Polen unsere gewerkschaftliche Organisation zertrümmern kann, und wie bei früheren Anlässen, so wird auch diesmal die Internationale mit finanzieller Unterstützung unseren kämpfenden Berufsangehörigen in Polen beistehen müssen.

Literatur

Ein Dorf im Ostangel. Von Reinhard C. Wolff. Roman. Aus dem Englischen übertragen von E. W. Beddige. 255 Seiten. Verlag: Der Pflücker G. m. b. H., Berlin SW 61. - Dieser mit packender Anschaulichkeit geschriebene Roman enthält prächtige Schilderungen des indischen Dschungels und seiner Gefahren: Hunger, Durst, Fieber sowie eine erschütternde Darstellung des sozialen Elends der Menschen, die dort einen schweren Kampf ums Dasein führen müssen.

Der Dollar steigt. Von Felix Scherret. Inflationströme aus einer alten Stadt. 283 Seiten. Verlag: Der Pflücker G. m. b. H., Berlin SW 61. - Der Roman gibt einen Querschnitt durch die Inflation. Er ist eine soziale Kritik am Bürgerum. Der Verfasser wählte Deutsch, weil gerade in diesem Staat, der keine Währungsreform gekannt, die Inflation ihre schärfste Ausprägung erfuhr.

Der Dollar steigt. Von Felix Scherret. Inflationströme aus einer alten Stadt. 283 Seiten. Verlag: Der Pflücker G. m. b. H., Berlin SW 61. - Der Roman gibt einen Querschnitt durch die Inflation. Er ist eine soziale Kritik am Bürgerum. Der Verfasser wählte Deutsch, weil gerade in diesem Staat, der keine Währungsreform gekannt, die Inflation ihre schärfste Ausprägung erfuhr.

Nachruf!

Am 26. August 1930 verschied nach kurzem Krankenlager unser langjähriger Mitglied, der Bäder

Hilfen Fiedler im 84. Lebensjahr. Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten. Ortsgruppe Detschitz i. Vogt.

Nachruf!

Am 3. August 1930 verstarb unser lieber Kollege der Bäder August Zimmermann.

Wir werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren. Die Kollegen u. Kolleginnen d. Kleber-Städtchen u. G. G. Großhain.

Nachruf!

Am 16. August 1930 verstarb nach langer, schwerer Krankheit unser Kollege Hermann Reineke im 52. Lebensjahr.

Ehre seinem Andenken! Die Kolleginnen und Kollegen der Ortsgruppe Söbzig.

Unsern lieben Kollegen Heinrich Krüger nebst seiner lieben Frau die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.

Die organisierten Kollegen der Bräuerz. Handl.-W. Korchendroch u. Ortsgruppe Arafeld - Herdingen a. Rh. Mainz.

Unsern Kollege Bernhard Umbö und seiner lieben Frau zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.

Die Kollegen der Ortsgruppe Zweibrücken. Unsern lieben Kollegin Frieda Mauer nebst ihrem Bräutigam Fritz Boo zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.

Die Kolleginnen und Kollegen der Schöfferhof-Bräuerz. Mainz.

Unsern Kollege Ernst Schroeder, Bademeister, zu seinem 25jährigen Dienstjubiläum die herzlichsten Glückwünsche.

Die Belegschaft der Stofffabrik Terling und die Ortsgruppe Offen.

Unsern lieben Kollege, Erich Vogt nebst seiner Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.

Die Kolleginnen und Kollegen der Ortsgruppe Quedlinburg a. Harz.

Unsern lieben Kollegen Fritz Weisbach nebst seiner lieben Gattin die besten Glückwünsche zur Vermählung.

Ortsgr. Annaberg (Erzgeb.)

Unsern Kollegen Max Höllig, Kraftwagenführer Wertheim, und seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.

Ortsgruppe Jmidau. Unsern Kollegen Hermann Piffelkow zu seinem 25jährigen Jubiläum in der Mühle Rüniger die herzlichsten Glückwünsche.

Ortsgruppe Braunschweig. Unsern Kollegen Karl Matz und seiner lieben Frau zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.

Die Bräuerkollegen der Engelhardt-Bräuerz. Charlottenburg. Unsern lieben Kollege Otto Lind nebst seiner lieben Frau die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.

Die Kolleginnen und Kollegen des Berg-Bräuerz. Wetters Dülledorf.

Unsern Kollegen Alois Franz und seiner lieb. Frau zur Vermählung nachträglich die besten Glückwünsche.

Die Kollegen d. Köpfig-Mühle und Ortsgruppe Duisburg.

Unsern lieben Kollegen Richard Schmidt nebst seiner lieb. Gattin die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.

Die Kolleginnen und Kollegen der Ortsgruppe Quedlinburg a. Harz.

Unsern beiden Kollegen, den Bräuerführern Alois Graf und Hans Böhmer nebst ihren lieb. Frauen Wally und Ann die Glück im Hafen der Ehe!

Die Kollegen der Ortsgruppe Passau und Umgebung.

Unsern Kollegen Georg Schnerz sowie seiner lieben Frau zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.

Ortsgruppe Trier.

Jünger

Fleischergeselle

(18 Jahre) sucht in einem größeren Betriebe sofort oder später Stellung. Angebote erbittet.

Fritz Balzer, Landsberg (Warthe), Briesterstraße 11

Central-Kranken- u. Sterbefälle Deutscher Böttcher und anderer gewerblicher Arbeiter

Die Würfel sind gefallen!

Das neue Krankenderversicherungsgesetz ist mit Hilfe des § 48 erlassen und tritt am 1.9. d. J. in Kraft. Es bringt derartige Verbesserungen, daß ohne Hilfe einer Zuschußkasse unbedingt eine wirtschaftliche Not bei Krankheit und Unfall in der Familie eintreten muß. Mancher Kollege wird noch bedauern, den Zeitpunkt zum Beitritt verpaßt zu haben. Unsere Mitglieder gehören zum allergrößten Teil dem Nahrungsmittel- und Gewandtextil-Verband an. Unser Publikationsorgan ist die „Einigkeit“.

Darum Kollegen, tretet unverzüglich bei

Aufnahme bis 45. Lebensjahr, Eintrittsgeld 1,- Mt. Beitrag: I. Kl. 0,40 Mt., II. Kl. 0,60 Mt. pro Woche. Unterflügel: I. Kl. 0,60 Mt., II. Kl. 0,90 Mt. pro Woche bis zu 26 Wochen, außerdem ein Sterbegeld.

Da über 60 Orten Deutschlands befehlen Zahlstellen, so noch keine am Ort, wird vom Unterzeichneten jede Auskunft und Gründungsamt umgehend zugesandt.

An unsere Kollegen richten wir die Bitte, überall für die Gründung einer Zahlstelle und Werbung einzutreten. Überall muß auch eine Zahlstelle obiger Kasse vorhanden sein.

Albert Rindt, Bremen, Wiefmannstraße 4



FRAUENRECHT



Verschlechterung der Wochenhilfe

Seit der Auflösung des Reichstages sinnt und trachtet die Regierung Brüning-Stegerwald auf eine weitere Verschlechterung der sozialen Gesetzgebung. Sie gab sich durch ihre Schandverordnung selbst die Ermächtigung, an den Reichsausgaben weitere 100 Millionen zu sparen. Es wurde versprochen, über die Verteilung dieser Ersparnisse Mitteilung zu machen. Das Versprechen wurde aber nicht eingelöst, obwohl auf allen möglichen Gebieten die Regierung fieberhafte Tätigkeit entfaltet. Die Minister reisen im Lande umher und bemühen sich in Versammlungen die Zuhörer um gutes Wetter zu bitten. Das hat auch seine guten Gründe, denn von den Streichungen in Höhe von 100 Millionen entfallen nur 15 Millionen auf den Wehretat, dagegen aber rund 50 Millionen auf die Sozialausgaben.

Unerhörtes wird der Arbeiterschaft zugemutet. Für unsere Kolleginnen ist von besonderem Interesse, zu erfahren, daß hier bei 10 Millionen Reichszuschüsse für die Wochenhilfe gestrichen werden. 5 Millionen werden den Kleinrentnern weggenommen. 14 Millionen werden gestrichen bei den Kapitalabfindungen der Kriegsbeschädigten.

Um das Ausmaß dieses neuen Attentats auf die soziale Gesetzgebung richtig würdigen zu können, müssen wir daran erinnern, daß die Regierung Brüning-Stegerwald bereits in ihrem Haushaltsplan 17 Millionen bei der Wochenhilfe und 20 Millionen bei der Bekämpfung der Volkskrankheiten durch die Invalidenversicherung gestrichen hat. Unter der Regierung von Hermann Müller wurden für die Familienhilfe 32 Millionen Markt ausgegeben. Die Regierung Brüning-Stegerwald hat dafür nur noch 6 Millionen übrig. Die Regierung Müller hat zum ersten Male seit der Stabilisierung den Wehretat um fast 80 Millionen gesenkt. Die Regierung Brüning-Stegerwald befißt aber die eiserne Stirne, die Ausgaben für Heer und Marine, trotz der katastrophalen Arbeitslosigkeit und unerhörter wirtschaftlicher Verelendung von Millionen von Menschen, wieder um 25 Millionen zu erhöhen. Sie hat nicht den Mut, an den hohen Gehältern, den hohen Pensionen und den Liebesgaben an die Großagrarien Streichungen vorzunehmen. Aber dazu bringen diese ehemaligen Führer der christlichen Gewerkschaften den Mut auf, der armen Arbeiterin als Mutter die farge Unterstützung für die Wochenhilfe und Kindererziehung zu rauben.

Wenn diese Regierung durch den Ausgang der Reichstagswahlen weiter bleiben sollte, dann haben die Arbeiter und Arbeiterinnen noch größere Verschlechterungen in der sozialen Ge-

setzung zu gewärtigen. Die Arbeiterinnen sind daher erst recht verpflichtet, am 14. September durch ihre Stimmenabgabe bei den Reichstagswahlen zu verhindern, daß diese arbeiterfeindliche Regierung wieder ans Ruder kommt. Jede Stimme die den reaktionär bürgerlichen Parteien gegeben wird, trägt zur weiteren

Arbeiterinnen Frauen und Mädels aufgewacht!

Es gibt in Deutschland:

16 Millionen ledige Frauen — davon 7 Millionen erwerbstätige
12 Millionen verheiratete Frauen — davon 4 Millionen erwerbstätige
3 Millionen verwitwete und geschiedene Frauen — davon 1 Million erwerbstätige

Die Berufsgliederung der weiblichen Beschäftigten ist folgende:

Selbständig	9 Proz.
Angestellte	13 Proz.
Arbeiterinnen	30 Proz.
Mithelfende Familienangehörige	36 Proz.
Hausangestellte	12 Proz.

Erfüllt am 14. September eure Pflicht!

Wählt Liste 1

der Sozialdemokratischen Partei, damit in wirkungsvoller Weise eure Interessen gewahrt und unsere sozialpolitischen Belange verbessert werden! Bringt auch eure Mitarbeiterinnen an die Wahlurne!

wirtschaftlichen und sozialen Verelendung der breiten Volksschichten bei. Das muß von jeder Kollegin verhindert werden.

Die wahlberechtigten Arbeiterinnen müssen gemeinsam mit den Arbeitern alles aufbieten, daß der 14. September ein Tag des Volksgerichtes wird gegen die kapitalistische Klasse und ihre Diener. Rechnet ab mit der Reaktion, die bestrebt ist, die Arbeiterschaft noch mehr in das Elend zu stürzen. Die Arbeiterschaft hat die Macht in Händen und sie kann sich durch die Wahl der Führung des Staates bemächtigen, wenn sie geschlossen dafür eintritt, daß der Sozialismus siegen wird. Jede Kollegin muß daher ihre Stimme der Sozialdemokratischen Partei, Liste 1, geben!

„Mutter, ich ersticke!“

Ein erschütternder Vorgang ereignete sich in Kamenz in Sachsen. Zwei Kinder eines Arbeiters erkrankten an Diphtherie. Die Eltern, noch unkundig über die neuen Bestimmungen der Notverordnung, gingen zur Krankenkasse um einen Krankenschein zu holen. Die Gebühren für den Krankenschein sind in Kamenz bereits durchgeföhrt und der Krankenkassenangestellte konnte zu keinem Bedauern ohne die Entrichtung der 50 Pf. für den Krankenschein keinen solchen ausstellen.

Aber die armen Arbeitereltern, die um den Tod ihrer beiden Kinder bangten, hatten kein Geld. In ihrer Not wendeten sie sich an das Wohlfahrtsamt, das lehnte aber die Zahlung der 50 Pf. ab. Zu Hause rangen die beiden Kinder bereits mit dem Tode. „Mutter, ich ersticke“, so leuchteten atembeschwert die beiden Kleinen. In höchster Not behandelte ein menschenfreundlicher Arzt die Totkranken und brachte ihnen die Rettung. Was dann, wenn der Arzt nicht eingegriffen hätte? Zwei blühende, junge Menschenkinder würden erstickt sein, nur weil die Brüning-Stegerwald-Regierung die Krankenscheingebühr von 50 Pf. eingeföhrt hat, die für viele Arbeiter unerschwinglich ist. Deshalb fort mit ihr! Kein menschliches Entsetzen allein beseitigt diese Totenscheingebühr! Am 14. September müssen die Kolleginnen unserer Organisation mit dem Wahlschein in der Hand die Brüning-Stegerwaldschen „Reformen“ in den Orkus schleudern. Wählt Liste 1, die Partei der Sozialdemokratie, die tatkräftig für Beseitigung dieser menschenunwürdigen Zustände eintritt!

Allgemeines

Müttersterblichkeit im Wochenbett. In England hat eine Statistik über die Sterblichkeit von Frauen bei der Geburt eines Kindes die feldtame Tatsache ergeben, daß, während allgemein der Prozentsatz der Todesfälle und im besonderen die Kindersterblichkeit zurückgegangen ist, der Prozentsatz der Todesfälle im Wochenbett gestiegen ist. In den Jahren 1911 bis 1915 kamen auf 1000 Lebendgeburten 4 Todesfälle, in den Jahren 1916 bis 1920, also noch während des Krieges, stieg die Zahl auf 4,12 zu Tausend, fiel von 1921 bis 1925 auf 3,9 und stieg 1929 wieder an auf 4,3 Todesfälle auf 1000 Lebendgeburten. Die Gesamtzahl von zur Untersuchung benutzten Todesfällen betrug 2000, darunter waren 1408 durch die Geburt veranlaßt und unter diesen 17 Proz. durch mangelnde Fürsorge vor der Geburt, also jedenfalls bei proletarischen Frauen. 17 Proz. entfielen auf Irrtümer von ärztlicher Seite und 5 Proz. weil keine entsprechende Möglichkeit bestand, sachverständige ärztliche Hilfe heranzuziehen. Dazu kommen neun Fälle von Nachlässigkeit der Patienten oder ihrer Umgebung in der Befolgung ärztlicher Vorschriften. Das ergibt nach dem Gutachten der Untersuchungskommission, daß ungefähr die Hälfte aller dieser Todesfälle bei entsprechender Vorsorge zu vermeiden gewesen wäre.

Das Brautkleid*)

Ein isländischer Bauernroman.

(Schluß.)

Zwörderst in der Menge stand Kolfinna — allein. Als sie Finnurs letzte Worte vernommen hatte, war sie hinzugeeilt. Sie wollte die Umstehenden auffordern, den Wettlauf zu verhindern. Aber ehe sie sich versah, hatte der Wettlauf begonnen.

Sie stand unbeweglich. Aber ihr Hirn arbeitete fieberhaft.

Jetzt rief jemand, daß er nur weit voran wäre. Eine lustige Stimme entgegnete: „Zum Ende des Sees, Teufel noch eins! Sie kehren doch vorher um, sie sind doch nicht verrückt geworden!“

Dann herrschte abermals atemlose Stille. Kolfinnas Blick hing willenlos an den beiden sich wiegenden, dunklen Flecken draußen auf dem Eise. Sie verzahm ihren eigenen Herzschlag — wie im Traum.

Plötzlich durchlief es sie heiß, denn der eine Schatten wiegte sich nicht mehr, sondern er tat einen Sprung. In der Menge hinter ihr leuchtete jemand. Ein anderer schrie auf, viele riefen durcheinander. Dann schwanden Kolfinna die Sinne.

Als die ersten Leute an der Unglücksstelle ankamen, fanden sie Stules Mantel und Hut neben seinem Pferde auf dem Eisrande liegen. Finnurs Pferd schwamm, in der breiten aufgebrochenen Wasserinne. Da tauchte Skule auf; er schnaufte einige Male kräftig und tauchte aufs neue unter. Es dauerte

lange, bis er wieder zum Vorschein kam, und die Leute glaubten schon, er wäre ertrunken. Er schwamm langsam zum Rande des Eises und blieb dort sitzen, nachdem man ihn heraufgezogen hatte.

Etwas später kam eine Schar Männer im Galopp angeritten, sie hatten Decken, Kleider und Rettungsgerät von Nes geholt. Hallgerdur war mitgekommen. Sie sprang vom Pferde, blieb dicht am Eisrand stehen und starrte ins Wasser.

Sigfussion setzte die Suche nach Finnur sofort in Gang. Kurz darauf half auch Skule wieder; er hatte trockene Kleidung angezogen.

„Es hat keinen Zweck!“ flüsterte Sigfussion ihm zu. „Ich kenne den Seegrund hier genau, wir finden ihn nie wieder!“

Nach halbstündigem Suchen fand man Finnur aber doch. Alle Versuche, ihn wieder zu beleben, waren ohne Erfolg.

Aus Stäben und Decken fertigte man eine Bahre an und trug den Toten nach Nes. Die Bauern folgten schweigend. Hallgerdur schritt neben der Bahre und starrte stumpf auf die Leiche. Sie hatte den Toten nicht angerührt.

Als man auf dem Hofe anlangte, schien sie plötzlich zu erwachen.

„Wie ging das zu?“ fragte sie leise. Sigfussion berichtete. Skule war heimgeritten; er hatte ihm aber erst den Hergang erzählt.

Finnur war ein gutes Stück vorangewesen, da barst das Eis plötzlich. Sein Pferd hümmte sich auf und drehte sich um sich selbst. Gleichzeitig war eine mächtige Eisscholle unter das feste Eis gesplittert, so daß sich eine breite Rinne offenen Wassers bildete. Die

Scholle unter Finnurs Pferd war so klein, daß sie kenterte; Roß und Reiter stürzten nach zwei Seiten. Finnur sank wie ein Stein. Skule war ihm sofort nachgesprungen, doch ohne Erfolg. Das war alles.

„Sagten sie, daß sie zum Ende des Sees reiten wollten?“ fragte Hallgerdur hart.

„Finnur hat es gewollt.“

„Ist Björn Isleifsson hier?“

Björn trat vor. Sie fuhr zusammen, wie von einer Natter gestochen, als sie erblickte. Sie ging dicht an ihn heran, starrte ihm böse ins Gesicht.

„Hast du nicht gehört, daß sie zum See-Ende reiten wollten?“

„Ja — ha, das hörte ich — so ungefähr. Doch konnte ich mir nicht denken — glaube nicht, daß sie so verrückt wären.“

Sie starrte ihn eine Zeitlang an, ballte schließlich eine Hand zur Faust und hielt sie ihm dicht vors Gesicht.

„Du hast es also gehört, Björn! Und du hast nichts getan! — Du — du —“

Sie begann zu schwanken, ihre Hand fiel trafilos nieder. Zwei Männer stürzten hinzu, wollten sie stützen, doch sie riß sich los, wankte zur Leiche hin, warf sich über sie. Sie strich dem Toten liebevoll über das Gesicht.

„Und ich — ich bin so böse gegen dich gewesen — du guter Junge —, so böse, so böse gegen dich gewesen“, murmelte sie.

Auf dem Eise war das Feuer am Berlöschen, die Fackeln waren längst abgebrannt. Die Winternacht ruhte weiß und still über dem Tal. Längs des Wassers ritten schweigende Männer und Frauen vom Fest heimwärts.

*) Der entzückende dieses Kapitels dem fünglich in der Bäckergilde Gutenberg erschienenen isländischen Bauernroman mit Genehmigung der Schriftleitung. Preis in Leinen 2.— M.